

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



Krise, welche Krise?
Helmut Holter will mehr
Gewicht für die KMK

Jung, weiblich ...
Die CDU-Politikerin Diana
Kinnert im Interview

Fake-News
Bernhard Pörksen: Die Wissen-
schaft muss umdenken

**Internationalisierung im
Realitätscheck: Wie Deutschland
um ausländische Studierende
wirbt – und was sie hier erwartet**



© ruckszio/photocase

Ganz schön mutig!

Aktiv werden und Kindern in Not helfen?
Zum Beispiel mit einer mutigen Aktion?
Wir zeigen Ihnen, wie das geht.

www.tdh.de/wwwdg



 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



Es wird spannend

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe des DSW-Journals war klar: Wir bekommen eine neuerliche GroKo, und wenn alles gut geht, steht die neue Bundesregierung, wenn Sie diese Zeilen hier lesen. Anja Karliczek von der CDU wird die neue Bundesministerin für Bildung und Forschung, und im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD steht einiges Positives für Deutschlands Bildungs- und Wissenschaftssystem.

So sollen das BAföG „ausgebaut“ und die Leistungen „deutlich verbessert“ werden. Die Koalitionäre wollen bis zum Jahr 2021 eine echte „Trendumkehr“, mehr Studierende sollen wieder vom BAföG profitieren. Dafür steht für die Legislaturperiode eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Nun denn, frische! Wir als DSW fordern schon lange, dass für das BAföG auch stärker geworben werden muss. Wir sind gespannt, was Frau Karliczek dazu sagen wird.

**»BAföG, Wohnheime, Internationalisierung:
Wenn die Politik Ziele oder Absichten formuliert,
muss sie sie rasch konkretisieren«**

Ebenfalls hat Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, dass die neue Bundesregierung die Schaffung studentischen Wohnraums, unter anderem auch Wohnheimplätze, fördern will. Bravo! Lange genug haben wir uns als DSW gewünscht, dass der Bund die Länder und die Studentenwerke mit dieser Aufgabe nicht länger alleine lässt. Nun sind wir gespannt auf die konkrete Ausgestaltung.

Ein Trend ist jedoch, gerade wenn man sich den Schul-Bereich ansieht, in der Bildung sehr klar erkennbar: Der Bund könnte in den kommenden Jahren eine größere Rolle spielen, und wie erfolgreich die Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt werden können, hängt ganz entscheidend davon ab, wie sich Bundesregierung und Bundesländer ins Benehmen setzen.



Thüringens Bildungsminister Helmut Holter, in diesem Jahr Präsident der Kultusministerkonferenz, geht sogar noch einen Schritt weiter und fordert im Interview eine „generelle Umverteilung des Bundeshaushalts in Richtung Bildung“ – nicht ohne gleich hinzuzufügen, diese Frage werde derzeit „so gut wie nicht“ diskutiert_S.22

Holters Schwerpunktthema für seine KMK-Präsidentschaft ist Demokratiebildung; er hält das angesichts „demokratiefeindlicher Tendenzen“ und sprachlicher „Verrohung“ für erforderlich. Wie sich das durch Rechtspopulismus und zunehmenden Rassismus belastete gesellschaftliche Klima auf ausländische Studierende, aber auch auf Hochschulen und deren Internationalisierungsziele auswirkt, das beleuchtet Christine Prusky in der Titelseite, „Internationalisierung im Realitätscheck“_S.14

Mein Fazit: Die Politik tut gut daran, relativ abstrakt formulierte Ziele oder Absichten rasch mit den direkt Beteiligten zu konkretisieren. Sei das nun beim BAföG, bei der Wohnheim-Förderung – oder bei der Internationalisierung. Wir haben spannende Monate vor uns!

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen
Ihr

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
*achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

POLITIK

Heile Welt?

Realitätscheck:
Internationalisierung unserer
Hochschulen in Zeiten von
Fremdenfeindlichkeit und
Populismus / **Seite 14-21**



Helmut Holter

Der neue KMK-Präsident von der Linken
im Interview / **22-25**



STANDORT

Das Studierendenwerk Hamburg / **10-11**

ALLES AUS EINER HAND

Das Studierendenwerk Hamburg unterstützt Studierende in Deutschlands größter Hafenstadt



Was zeichnet das Studierendenwerk Hamburg aus?
«Das Studierendenwerk liefert die soziale Infrastruktur, die hinter einem erfolgreichen Studium steht. Seine Angebote aus unterschiedlichen Branchen sind vielfältig und besonders, ob umfassende Beratung, günstiges Wohnen, campusbare Versorgung oder flexible Kinderbetreuung. Es stellt sich dabei veränderten Rahmenbedingungen mit Engagement und Kompetenz und setzt auf innovative und bedarfsgerechte Weiterentwicklung seiner Services. Dabei hat es kontinuierlich die Bedarfe der Studierenden und Hochschulen im Blick und schafft es trotz begrenzter öffentlicher Zuschüsse, wirtschaftlich und sozial erfolgreich zu handeln. Für die Attraktivität und Internationalität des Hochschulstandorts Hamburg ist das Studierendenwerk mit seinen Angeboten eine entscheidende Faktor.»

Helmut Kuchling
Präsident des Deutschen Studentenwerks
Duisburg-Essen, Vorsitzender des Bundes
des Deutschen Studentenwerks
Hochschule für Angewandte
Technik (HTW) Berlin

PRAXIS



Bienen-Bildung

Was die Studentenwerke mit und für Bienen tun / 26-29

PROFIL



Beate Schücking

Die Rektorin der Universität Leipzig geht gern unter die Leute / 30-33

PERSPEKTIVE



Gegen Fake-News

Bernhard Pörksen fordert ein Umdenken der Wissenschaft / 34-35

Fotos: Kay Herschelmann | Charles Yürck | Rolf Schulten



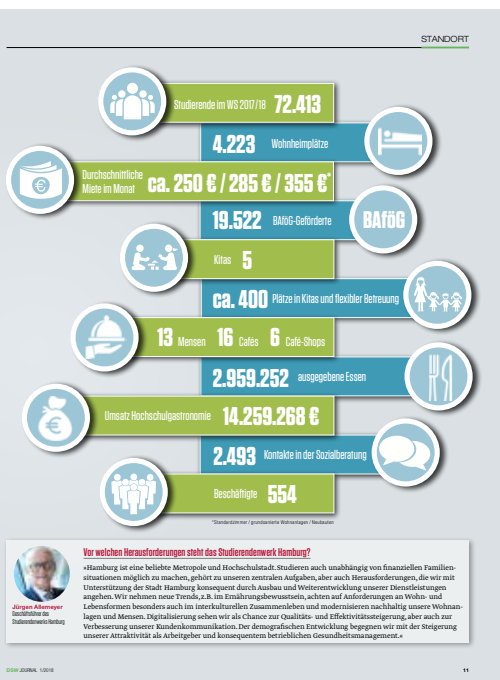
13 FRAGEN AN ...

Diana Kinnert, CDU-Politikerin / 36-37

” ICH BIN FÜR EINE MODERNE BÜRGERLICHKEIT

Post von Postlep

Der neue DSW-Präsident Rolf-Dieter Postlep stellt sich vor. Was ihn antreibt und was er will / 38



WIR SIND DER NEUE DSW- VORSTAND

Neun Köpfe, neun Haltungen:
Was haben sich die Mitglieder
unseres Vorstands für
die Amtszeit 2018/2019
vorgenommen?

»Neue Studierendengruppen und neue Studienformate erfordern bedarfsgerechte Beratung und Betreuung. Für deren Finanzierung und Umsetzung setze ich mich ein, damit Durchlässigkeit und Studienerfolg gelingen.«

Prof. Dr. Andrea Klug

Vizepräsidentin des Deutschen Studentenwerks, Präsidentin der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden

»Alter Wein in neuen Schläuchen? Nein, das hatten wir lange genug! Um das DSW für die Zukunft zu rüsten, gilt es auch mal unkonventionell zu denken und zu handeln – davon werde ich nicht abrücken!«

Andreas Spranger

Vizepräsident des Deutschen Studentenwerks, M. A., studiert derzeit Rechtswissenschaften an der Universität Leipzig

»Das DSW als starker Verband wird auch in Zukunft die Interessen der Studierenden in die Öffentlichkeit tragen und sich für Verbesserungen einsetzen.«

Prof. Dr. Elmar Heinemann

Rektor der Hochschule Schmalkalden



»Mir ist es wichtig, die Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden noch stärker in den Fokus der Politik zu rücken. Der soziale Hintergrund darf nicht über den Studienerfolg entscheiden«

Katharina Waller
studiert Rechtswissenschaften an der Universität des Saarlandes

»Mein Ziel: Die Öffentlichkeit, die Bildungspolitik und die Hochschulen werden sich des Stellenwerts der Studentenwerke für eine erfolgreiche Entwicklung des Hochschulsystems noch stärker bewusst, und die Politik schafft beste Rahmenbedingungen«

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep
Präsident des Deutschen Studentenwerks

»Die BAföG-Sätze der Studierenden sowie die Freibeträge beim Elterneinkommen müssen sich stärker an der realen Entwicklung orientieren und spürbar steigen. Dafür werde ich mich einsetzen«

Clemens Metz
Geschäftsführer des Studierendenwerks Freiburg

»Mir ist es wichtig, dass die Reform der Studienfinanzierung noch stärker in den Fokus rückt, denn nur so kann der Heterogenität der Studierwilligen Rechnung getragen werden«

Johannes Blömeke
studiert Chemie und Sozialwissenschaften auf Lehramt an der TU Dortmund

»Mein Ziel ist es, die Interessen der Studentenwerke in den Vorstand einzubringen und die Strukturen und Prozesse im Verband bedarfsgerecht weiterzuentwickeln«

Dr. Andrea Diekhof
Geschäftsführerin des Studentenwerks Leipzig

»Mit Herz und Kopf will ich für einen zukunftsfähigen Dachverband streiten, der die Studierenden- und Studentenwerke vor Ort als Garanten der sozialen Infrastruktur stärkt«

Christina Walz
Geschäftsführerin des Studentenwerks Kassel





Erste Rede von Rolf-Dieter Postlep als DSW-Präsident



V.l.n.r.: DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde, Ulrike Laux, Johanna Wanka, Rolf-Dieter Postlep, Dieter Timmermann



Geballte Manpower aus den Studentenwerken

Tschüss und Hallo

STABWECHSEL Am 28. Februar 2018 übernahm Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep in Berlin das Präsidenten-Amt von Prof. Dr. Dieter Timmermann, der von 2012 bis 2017 Präsident des Deutschen Studentenwerks war. Anlass genug für uns, eine kleine Feier auszurichten. Ehrengast war Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU), zu dem Zeitpunkt geschäftsführende Bundesministerin für Bildung und Forschung. Gemeinsam mit Gästen aus Hochschulen, Politik, Wissenschaft, Ministerien und Wissenschaftsorganisationen ehrten unsere Verbandsmitglieder den scheidenden Präsidenten Timmermann. Die Reden waren kurz, das Essen und die Stimmung gut - was will man mehr? *sg.*



„Ich freue mich auf das Amt“: Rolf-Dieter Postlep



Gehrt für sechs Jahre DSW-Präsidentschaft: Dieter Timmermann



Alt und Jung: Dieter Timmermann, Johannes Blömeke, DSW-Vorstand; Andreas Spranger, studentischer DSW-Vizepräsident, Ex-Präsident Hans-Dieter Rinkens (v.l.n.r.)



Befreundet: Postlep mit Gabriele Wolf-Eichel und Hans Eichel, Bundesfinanzminister a. D.



Ulrike Laux, Geschäftsführerin des Studierendenwerks Darmstadt



Mehr als 100 Gäste kamen in die Berliner „Kalkscheune“

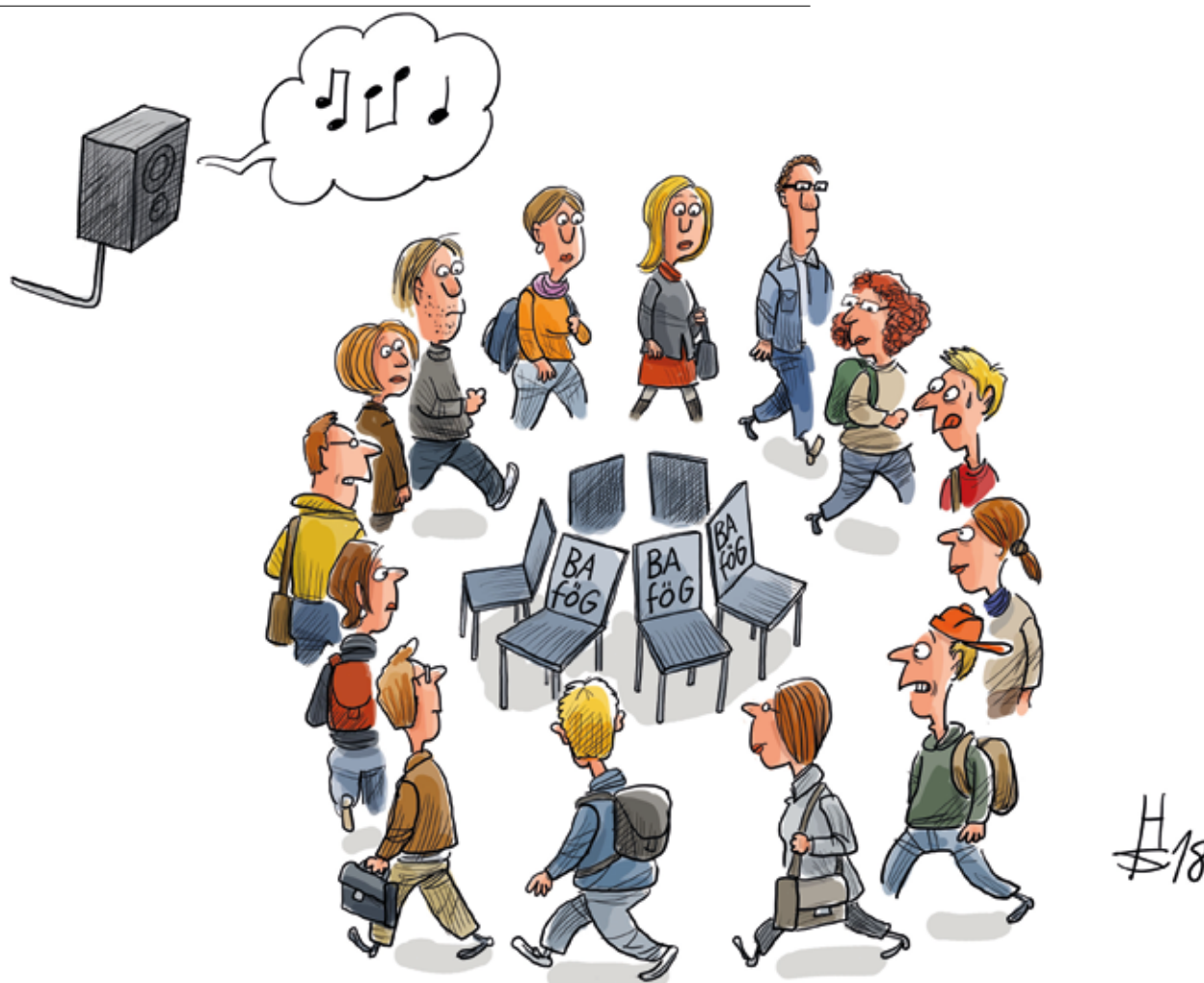


Erinnerungsfoto mit DSW-Präsidenten: Der Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek, SPD (rechts), fotografiert seinen Kollegen Stefan Kaufmann (CDU)



Johanna Wanka

REISE NACH JERUSALEM: NUR NOCH 18% DER STUDIERENDEN ERHALTEN BAFÖG



HEIKO SAKURAI

STUDI-MUSICAL

Café Europa



Aufführung von „Café Europa“ der Mondo Musical Group

MONDO MUSICAL GROUP Theater, Tanz und Gesang auf großer Bühne - dafür stehen die Mondo Musicalproduktionen des Studierendenwerks Freiburg. So auch in der jüngsten Produktion „Café Europa“, einer rasanten Revue über eine junge europäische Generation, für die Grenzenlosigkeit und Vielfalt selbstverständlich sind. Mit wechselnden studentischen Ensembles werden im Schwarzwald unter professioneller Leitung seit mehr als zehn Jahren Musicals produziert. Gecastet wird im Sommersemester, die Proben ziehen sich bis in den Winter, und im Januar und Februar spielen die Ensembles dann vor großem Publikum in der MensaBar, einer Kulturlocation des Studierendenwerks Freiburg. Die Aufführungen, die auf einem erstaunlich hohen gesanglichen und tänzerischen Niveau sind, sehen regelmäßig Tausende Zuschauerinnen und Zuschauer. Die Musicalgruppe des Studierendenwerks Freiburg wurde 2007 anlässlich des 550-jährigen Jubiläums der Universität Freiburg ins Leben gerufen und realisierte seitdem zehn Produktionen; die Proben für die elfte beginnen am 10. Mai 2018. *ml.* » www.mondomusical.de

EINLADUNG

Mama, Papa – und ich?



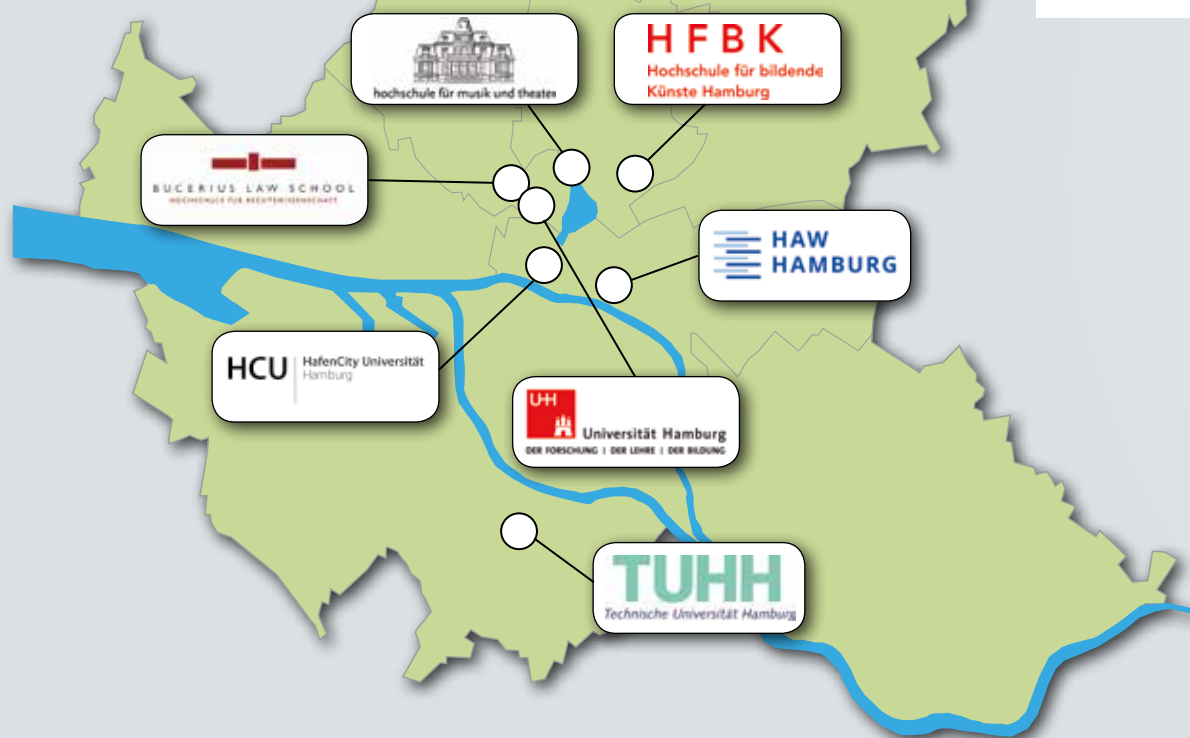
PLAKATWETTBEWERB Wie sehen für Studierende heute Familien aus? Wie stark ist ihre Familie Teil ihres Studiums? Das wollen wir mit unserem 32. Plakatwettbewerb von den Design-Studierenden aus ganz Deutschland wissen. Die Resonanz ist riesig: 333 Design-Studierende aus 35 Hochschulen haben uns ihre Plakate geschickt - 648 Plakatmotive insgesamt! Die Arbeiten werden jetzt von einer Fach-Jury bewertet; es geht um 10.000 Euro Preisgeld. Am 25. Juni 2018 zeigen wir die besten Plakate zum Thema „Mein Studium, meine Familie und ich“ im wundervollen Lichthof des Museums für Kommunikation in Berlin. Eintritt frei - also vorbeikommen! *ml.*

» www.studentenwerke.de

Montag, 25. Juni 2018, 18:30 Uhr
Museum für Kommunikation Berlin, Leipziger Straße 16, 10117 Berlin

ALLES AUS EINER HAND

Das Studierendenwerk Hamburg unterstützt Studierende in Deutschlands größter Hafenstadt

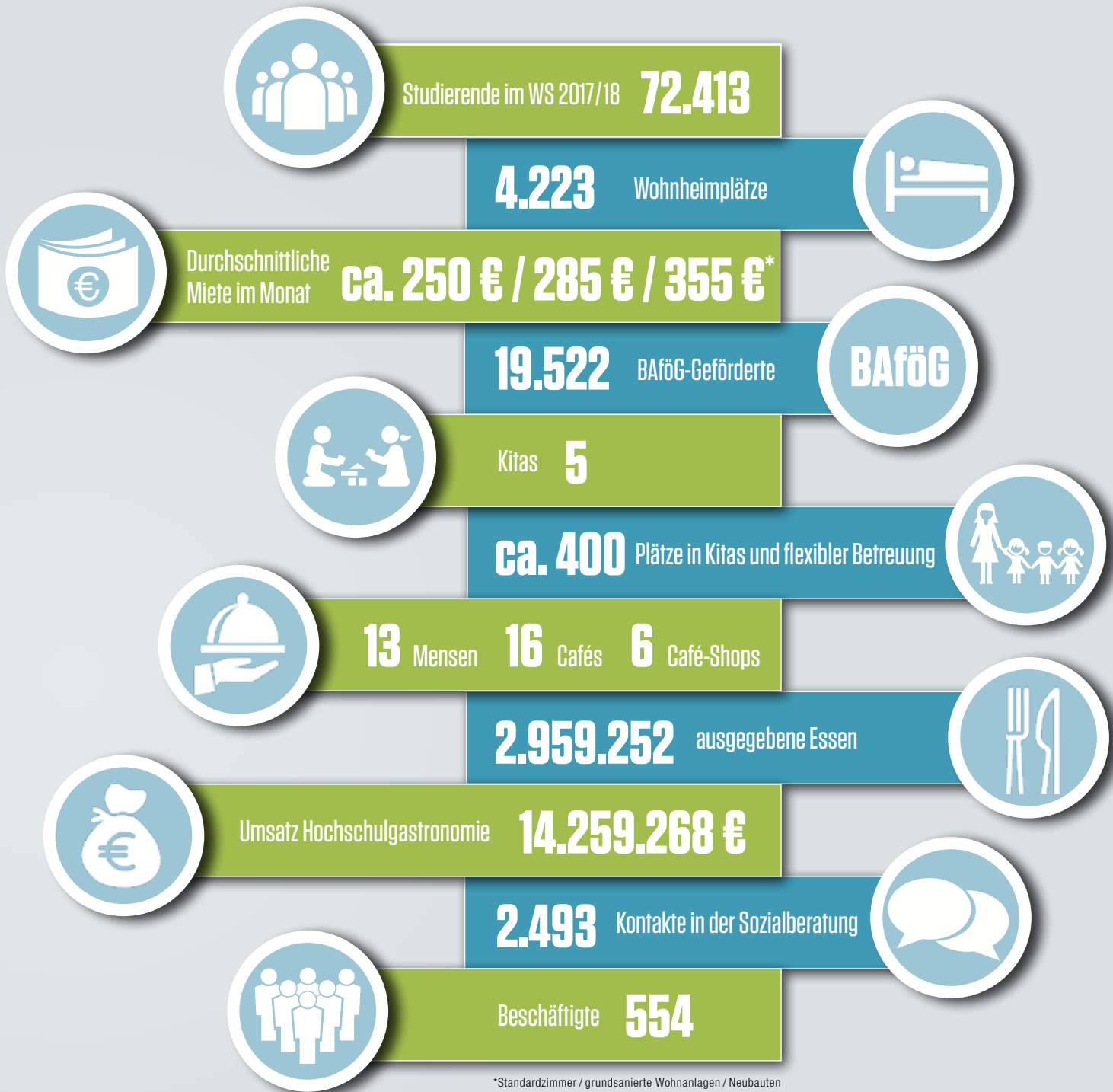


Holger Eschholz

Vorsitzender des Aufsichtsrats des Studierendenwerks Hamburg, Unternehmerberater und Geschäftsführer der NRW-Marketing GmbH

Was zeichnet das Studierendenwerk Hamburg aus?

»Das Studierendenwerk liefert die soziale Infrastruktur, die hinter einem erfolgreichen Studium steht. Seine Angebote aus unterschiedlichen Branchen sind vielfältig und besonders, ob umfassende Beratung, günstiges Wohnen, campusnahe Versorgung oder flexible Kinderbetreuung. Es stellt sich dabei veränderten Rahmenbedingungen mit Engagement und Kompetenz und setzt auf innovative und bedarfsgerechte Weiterentwicklung seiner Services. Dabei hat es kontinuierlich die Bedarfe der Studierenden und Hochschulen im Blick und schafft es trotz begrenzter öffentlicher Zuschüsse, wirtschaftlich und sozial erfolgreich zu handeln. Für die Attraktivität und Internationalität des Hochschulstandorts Hamburg ist das Studierendenwerk mit seinen Angeboten ein entscheidender Faktor.«



*Standardzimmer / grundsanierte Wohnanlagen / Neubauten



Jürgen Allemeyer
Geschäftsführer des Studierendenwerks Hamburg

Vor welchen Herausforderungen steht das Studierendenwerk Hamburg?

»Hamburg ist eine beliebte Metropole und Hochschulstadt. Studieren auch unabhängig von finanziellen Familiensituationen möglich zu machen, gehört zu unseren zentralen Aufgaben, aber auch Herausforderungen, die wir mit Unterstützung der Stadt Hamburg konsequent durch Ausbau und Weiterentwicklung unserer Dienstleistungen angehen. Wir nehmen neue Trends, z.B. im Ernährungsbewusstsein, achten auf Anforderungen an Wohn- und Lebensformen besonders auch im interkulturellen Zusammenleben und modernisieren nachhaltig unsere Wohnanlagen und Mensen. Digitalisierung sehen wir als Chance zur Qualitäts- und Effektivitätssteigerung, aber auch zur Verbesserung unserer Kundenkommunikation. Der demografischen Entwicklung begegnen wir mit der Steigerung unserer Attraktivität als Arbeitgeber und konsequentem betrieblichen Gesundheitsmanagement.«

PERSONALIA

Kulturpreis für „Di-Mi-Do“



ANDREAS WAGNER, der Geschäftsführer des Studierendenwerks Trier, hat den Kulturpreis der Stadt Trier erhalten, und zwar für das von ihm entwickelte Kultursemesterticket „Di-Mi-Do“. Seit Oktober 2014 erhalten Studierende der Trierer Hochschulen am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag in 14 Trierer Kulturinstitutionen ab 20 Minuten vor Vorstellungsbeginn kostenlose Restkarten; zwei weitere

Kulturanbieter sollen in diesem Jahr folgen. Das Ticket baue „Brücken zwischen den Studierenden der Trierer Hochschulen und den Kultureinrichtungen in der Stadt Trier [...] in einem bundesweit einmaligen Projekt“, hieß es in der Laudatio auf Andreas Wagner bei der Preisverleihung im Dezember 2017. Wir stimmen zu und gratulieren! Am beliebtesten bei den Trierer Studierenden ist übrigens: das Stadttheater. *sg.*

» www.di-mi-do.de

» <http://campusnews.uni-trier.de/?p=29648>

PERSONALIA

Student des Jahres



PHILIPP HUMBSCH, 26, der an der Charité-Universitätsmedizin Berlin Humanmedizin studiert, ist der Student des Jahres 2018. Er ist Urheber und Motor der Initiative „Jeder kann ein Held sein“, die seit 2016 mehr als 3.000 Kinder in ländlichen Gebieten Brandenburgs kostenlos in Erster Hilfe ausgebildet hat, insbesondere

Grundschüler/-innen. Möglich wird dies durch Spenden, Preisgelder sowie durch die Mitgliedsbeiträge des Vereins Pépinière e. V., den Humbsch und seine ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, andere Medizin- und Pharmaziestudierende sowie Rettungskräfte, ins Leben gerufen haben. Humbsch erhält die Auszeichnung, die wir gemeinsam mit dem Deutschen Hochschulverband (DHV) vergeben, am 3. April 2018 in Berlin. Die 5.000 Euro Preisgeld kommen vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. *sg.*

» www.facebook.com/dieHeldenmacher

IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
Ausgabe 1/2018, 13. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e. V.,
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde,
Generalsekretär

Redaktionsleitung: Stefan Grob (sg.),
stefan.grob@studentenwerke.de

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:
Benjamin Haerdle, Armin Himmelrath, Heike Hucht,
Bernd Kramer, Moritz Leetz (*ml*), Prof. Dr. Bernhard
Pörksen, Christine Prufky, Jan-Martin Wiarda

Grafik: BlazekGrafik
www.blazekgrafik.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de

Beratung: Helmut Orther
www.orthor-concept.de

Anzeigen:
dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom
1. Januar 2018

Redaktionsanschrift:
Deutsches Studentenwerk e. V.

Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11, 10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-20
Fax: +49(0)30-29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



KOLUMNE

GROB GESAGT

280 Zeichen reichen

Ich liebe Twitter. In seinen besten Momenten produziert Twitter abgrundtief lustige Schwarmintelligenz, mitunter, ja, Literatur. Was kann schließlich ein Online-Medium dafür, dass Leute wie Donald Trump, Daniela Katzenberger oder Christiano Ronaldo es geschickt nutzen?

Abwägen, rasonieren, reflektieren, Vor- und Nachteile gegeneinander stellen, eine Gesamtbewertung vornehmen, der Komplexität gerecht werden: sicher. Dafür sind Gutachten, Stellungnahmen, Studien, Analysen ja schließlich da. Aber vorne will ich in der Zusammenfassung lesen, was wirklich wichtig ist, was die zentralen Ergebnisse sind. Wer mir das nicht liefert, dessen Texte lese ich nicht mehr, beruflich. Und dann frage ich mich: Wie könnte man das twittern?

»Ich liebe Twitter«

Twitter, das ist der Zwang zur Zuspitzung; 280 Zeichen müssen reichen. Und 280 reichen auch, für jeden Inhalt, für jede Botschaft. Wenn wir als DSW eine mehrseitige Stellungnahme zu, sagen wir, einer Gesetzesnovellierung abgeben, dann fragt mich die Kollegin in der Kaffeeküche doch auch: „Und, finden wir das gut oder schlecht, was die vorhaben?“ Also überlege ich mir einen knackigen Tweet und coole Hashtags. Oft höre ich, gerade von den lieben Juristen-Kolleginnen und -Kollegen: „Man kann eine komplexe juristische Sachlage nicht auf Twitterlänge eindampfen.“ Doch, kann man. Muss man sogar, wenn man da draußen auch nur für eine Sekunde gehört werden will. Also: denken, zuspitzen, auf eine Formel bringen.

What's your message, Baby?

Stefan Grob
Redaktionsleiter DSW-Journal
stefan.grob@studentenwerke.de
twitter.com/DSW_Tweet

DAS 30-MILLIONEN- DREAMTEAM

AAAA bis FRID - essen Nachname so anfängt und in Bonn einen BAföG-Antrag stellt, der landet in der dritten Etage am Hauptsitz des Studierendenwerks Bonn in der Nassestraße. 2.162 Studierende waren das 2017, im gesamten Alphabet sogar 7.214 junge Leute – macht 30 Millionen Euro BAföG-Förderung im Jahr. Da steckt ganz schön viel Arbeit drin, „zumal höchstens zehn Prozent der Anträge schon am Anfang vollständig sind“, sagt Teamleiterin Angelika Schulz (vorne links). Umso größer ist die Freude, wenn alles klappt: „Manchmal bekommen wir Weihnachtsskerten als Dankeschön – oder ein Schälchen Erdbeeren“, erzählen (von oben links im Uhrzeigersinn) Nina Beckmann, Sonja Kerzmann, Sabine Rekibi, Nicole Tullius, Angelika Schulz und Matthias Lenz. Intern nennen sie sich gut gelaunt übrigens „Dreamteam“ - die Buchstabenkombi DREAM gehört schließlich auch zu ihrem Bereich. him.

» www.studierendenwerk-bonn.de/bafog



Internationalisierung im Realitätscheck

AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE

Deutschlands Hochschulen wollen internationaler werden; mit viel Geld wird um ausländische Studierende geworben, sie kommen in großer Zahl. Nur: Wie geht es ihnen hier? Und was heißt Internationalisierung in Zeiten von Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus? Eine Analyse von Christine Prußky

Kein Zweifel, Maimouna Ouattara ist in Deutschland angekommen. Das Studium der Politikwissenschaft, der französischen und spanischen Philologie in Potsdam liegt hinter ihr, die Arbeit als Projektkoordinatorin bei einer Migrant*innenorganisation läuft, jetzt ist die Promotion in Sicht. Und dann? Würde die 35-jährige Wahlberlinerin von der Elfenbeinküste am liebsten weiter in Deutschland leben, arbeiten - und Steuern zahlen.

Nach Schätzungen der UNESCO studieren aktuell etwa 4,3 Millionen Menschen außerhalb ihrer Heimatländer, 59 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Bis 2030 sagt die UNESCO einen Anstieg um weitere 51 Prozent voraus. Rund 6,8 Millionen Studierende wären dann mobil - ein Schatz für Hochschulen und Wissenschaft, ein Schatz aber auch für alternde Nationen wie Deutschland. Politik und Wissenschaft wissen das. Im Wettbe-

werb mit anderen Wissenschaftsstandorten feilen sie an Internationalisierungsstrategien, Marketingkonzepten und üben sich in deren Umsetzung.

Mit Erfolg, wie Zahlen belegen. Bei mobilen Studierenden sind Deutschlands studiengebührenfreie Hochschulen weltweit das fünftbeliebteste Land nach den USA, Großbritannien, Australien und Frankreich. Rund 360.000 ausländische Studierende sind heute zwischen Flensburg und Konstanz eingeschrieben. Zusammen machen sie etwa 12,8 Prozent aller Studierender aus. Ein Rekord, der auch noch schneller erreicht wurde als erhofft. 2013 setzte die Politik die Zielmarke von 350.000 ausländischen Studierenden erst für 2020 fest. Was damals als ehrgeizige Mission galt, haben die deutschen Hochschulen nun schon zwei Jahre früher erreicht.



Foto: Kay Herschelmann



Maimouna Ouattara,
Vorsitzende des Bundesverbands Ausländischer
Studierender (BAS)

**»ICH WOLLTE ALLES ALLEIN SCHAFFEN.
DESHALB WÄRE ICH FAST AUFGESCHNISSEN
GEWESEN«**

Warum so verhalten?

Ein kristallklarer Internationalisierungserfolg. Das Erstaunliche daran: Er wird nicht gefeiert. Presseinformationen mit Jubelsätzen gab es nicht. Deutschlands Hochschulen und ihre Hochschulrektorenkonferenz (HRK) erwähnen den Rekord, wenn überhaupt, dann beiläufig. Genauso verhalten reagieren der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Hochschulmarketing-Initiative „GATE-Germany“. Aber auch das Auswärtige Amt und Hochschulpolitiker/-innen in Bund und Ländern machen keinen Buhei um die Sache. Was ist das los?

„Internationalisierung ist kein Selbstzweck. Sie dient der Gewinnung von Fachkräften für die Wirtschaft oder Talenten für die Wissenschaft. Ihr Erfolg lässt sich nicht einfach an Zahlen und Quoten wie dem Anteil ausländischer Studierender in Deutschland messen“, sagt Steffen Mau. Er ist Makrosoziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin und hat im Wissenschaftsrat federführend die „Empfehlungen zur Gewinnung, Integration und Qualifizierung internationaler Studierender“ aus dem Jahr 2016 erarbeitet. Was Mau nicht explizit sagt, aber meint: So schön steigende Kurven bei Studierendenzahlen aus dem Ausland sind, gelungen ist Internationalisierung damit längst nicht. Ihm pflichtet Achim Meyer auf der Heyde bei, der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks. „Auch die sozial-akademische Integration muss gelingen“, gibt er zu bedenken und erinnert daran, dass ausländische Studierende vor allem im Wohnheim leben wollen. Die Studentenwerke müssten sie integrieren, bekämen dafür aber keinerlei finanzielle Unterstützung.

Im Erreichten eine Verpflichtung zu sehen, ist denn auch Tenor des Auswärtigen Amts. „Je internati-

onaler die Studierendenschaft wird“, sagt die Beauftragte für Außenwissenschafts-, Bildungs- und Forschungspolitik, Heidrun Tempel, umso wichtiger wäre es, gerade den Beginn des Studiums so zu gestalten, dass er „keinen Kulturschock“ darstellt. So sieht das zwar auch der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler. Doch setzt er mit seinen Mahnungen noch einen Schritt früher an. Bei der Gewinnung ausländischer Studierender dürften Zahlen allein nicht den Ausschlag geben. Viel wichtiger wäre, „dass die Hochschulen die Talente gewinnen, die sie suchen“. Um das sicherzustellen, brauche es „kluge Auswahlmechanismen, Studieneingangskonzepte und Betreuungsprogramme“.

Die meisten kommen nicht über ein Austauschprogramm

Das ist leichter gesagt als getan. Das Gros der ausländischen Studierenden kommt heute nicht über ein Stipendium oder über ein Austauschprogramm nach Deutschland, sondern individuell. „Sie klopfen quasi selbst an die Türen der Hochschulen, die sich dann entsprechend um sie kümmern müssen“, sagt Mau. Das wäre der Normalfall.

Aus eigenem Antrieb kam auch Maimouna Ouattara nach Deutschland. Als sie sich 2004 für das Studium in Deutschland entschloss, tat sie dies aus einem einzigen Grund: „Meine Schwester lebte hier.“ Weltoffene Hochschulen? Humboldt'sches Bildungsideal? Der 21-Jährigen war das, was Deutschland als Pfund im Wettbewerb sieht, schlicht Schnuppe: „Ich war nur froh, studieren zu können“, sagt Ouattara. Und, ja, naiv sei sie gewesen, ehrgeizig, stolz und wild entschlossen zum Erfolg. Eine gefährliche Mischung, wie Ouattara heute weiß. Ahnungs-



Heidrun Tempel,
Beauftragte für Außenwissenschafts-, Bildungs- und
Forschungspolitik im Auswärtigen Amt

**»HOCHSCHULEN SIND NACH WIE VOR
INTERNATIONAL OFFENE, SICHERE ORTE,
AN DENEN INTERKULTURELLER
AUSTAUSCH TÄGLICH GEÜBTE PRAXIS IST«**

losigkeit öffnet Enttäuschungen Tür und Tor, Stolz und Ehrgeiz verstellen den Weg zu Hilfs- und Beratungseinrichtungen. „Ich wollte alles allein schaffen. Deshalb wäre ich fast aufgeschmissen gewesen“, sagt Ouattara rückblickend. Ihr Plädoyer lautet deshalb: Vernetzt Euch, engagiert Euch! So kommt Ihr am leichtesten an Unterstützung und helfe zugleich anderen.

Die „Magdeburg Indians“

Ziemlich genau so läuft der Laden in Magdeburg. Der Verein „Magdeburg Indians“ bietet praktisch alles, was ausländische Studierende brauchen. Die Betreuung beginnt Monate vor der Ankunft in Deutschland und reicht über den Abschluss hinaus. Das funktioniert. Mehr als 500 der gut 1.200 ausländischen Studierenden an der Uni Magdeburg sind heute Inderinnen und Inder. Die Initiative ist vermutlich deshalb so erfolgreich, weil sie sich auf eine Gruppe konzentriert. Für Menschen aus Indien sind die Angebote gemacht, auf ihre spezifischen Belange hin ausgerichtet. Den „Magdeburg Indians“ gelingt so die individuelle Unterstützung, die akademische Auslandsämter und Studentenwerke mit ihrer Manpower vor Ort kaum erreichen können. So ist das auch beim Auslandsamt der Universität Magdeburg. Insgesamt zehn Beschäftigte arbeiten dort. Sie betreuen insgesamt rund 1.200 Studierende aus insgesamt 106 unterschiedlichen Ländern.

Man braucht kein Psychologiestudium, um zu ahnen: In einer Landeshauptstadt wie Magdeburg, in der die AfD im Landtag mit 24% der Sitze die zweitstärkste Kraft nach der CDU (30%) stellt, werden interkulturelle Spannungen und Konflikte schnell zum Politikum. Tatsächlich gehören sie zum Alltag nicht nur ausländischer Studierender, ihrer deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen, der Dozierenden und Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Das interkulturelle Zusammenleben, der Umgang mit ausländerfeindlichen Tendenzen und eben auch Übergriffen ist ein Stresstest für alle.

Morddrohungen gegen den Rektor

Auch Jens Strackeljan, als Rektor der Universität Magdeburg so etwas wie die Personifizierung einer international-weltoffenen Universität, hat schon Geschichten durch. Morddrohungen bekam er Anfang 2017. Im weiteren Jahresverlauf hatte er einen schweren Autounfall, dessen Ursache polizeilich insoweit geklärt ist, als an Strackeljans Wagen ein Vorderrad so manipuliert wurde, dass es sich bei der Fahrt lösen musste. Von da an standen Jens Strackeljan, seine Frau und seine vier Kinder unter Staatsschutz. „Viel-

Prof. Dr. Jens Strackeljan,
Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



»ICH HABE EINEN PLAN UND EINE STRATEGIE, DAMIT WIR MEHR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE UND WISSENSCHAFTLER ALS JETZT BEKOMMEN UND INTEGRIEREN KÖNNEN«

leicht bin ich ein Weltverbesserer“, wird der Ingenieurwissenschaftler im Laufe des Gesprächs an einer Stelle sagen, um dann aber auch deutlich zu machen, dass er in seinem Handeln und Tun alles andere als blauäugig vorgeht. „Ich habe einen Plan und eine Strategie“, sagt Strackeljan, „damit wir mehr ausländische Studierende und Wissenschaftler als jetzt bekommen und integrieren können.“

„Auf einem guten Weg“

Derlei hört nicht nur der DAAD gern, der mit seinen Stipendiaten aktuell etwa sechs Prozent der ausländischen Studierendenanfänger/-innen stellt. Auch die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) schätzt Aussagen mit zuversichtlichem Unterton. „Die Internationalisierung einer Hochschule gelingt aus meiner Sicht nur dann, wenn ihr ein langfristiger Plan und ein Konzept zugrunde liegt, der von allen Akteuren in der jeweiligen Hochschule mitgetragen wird“, sagt AvH-Präsident Hans-Christian Pape. Universitäten wären da auf einem guten Weg.

Auf die Formel vom „guten Weg“ greift man in der Außenwissenschaftspolitik beim Thema Internationalisierung offenbar gern zurück. Auch Heidrun Tempel verwendet sie. Doch scheut sie sich auch nicht, den Finger in die Wunde zu legen. Ausländerfeindliche Tendenzen und Übergriffe müssten in einem ersten Schritt „offen, kritisch und sachlich dargestellt werden“. Hochschulen wären „nach wie vor international offene, sichere Orte“, an denen interkultureller Austausch „täglich geübte Praxis“ ist. Für Magdeburg trifft das sicher zu. Dort wird Internationalisierung aber auch nicht mehr nur aus einer



Prof. Dr. Hans-Christian Pape,
Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

»DIE INTERNATIONALISIERUNG EINER HOCHSCHULE GELINGT NUR DANN, WENN IHR EIN LANGFRISTIGER PLAN UND EIN KONZEPT ZUGRUNDE LIEGT, DER VON ALLEN IN DER HOCHSCHULE GETRAGEN WIRD.«

wissenschaftlichen Selbstverständlichkeit heraus mit Leidenschaft betrieben. Ohne ausländische Studierende müsste diese Universität Stellen kürzen, Studienangebote streichen, Fächer dichtmachen. Der demografische Wandel, in Magdeburg ist er Realität.

Entsprechend wohlwollend begrüßen Rektoren wie Strackeljan alle Anstrengungen, die auf Bundesebene konzertiert im internationalen Marketing unternommen werden. Das sind eine ganze Menge, und sie kosten nicht wenig Geld. Das Hochschulkonsortium „GATE-Germany“ zum Beispiel verfügt über ein Jahresbudget von rund sieben Millionen Euro. Jährlich rund 3,3 Millionen Euro steckt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in die Marketingkampagne „Research in Germany“, dazu kommen weitere 3,4 Millionen Euro für die Studierendenmarketing-Aktion „Study in Germany“. Mehr als 40 Milliarden Euro sind über die Jahre allein aus BMBF-Mitteln zusammengekommen. Investitionen in „sehr erfolgreiche Maßnahmen“, heißt es im BMBF.

Das Gift der Fremdenfeindlichkeit

Nur was nützt das, wenn sich Ankommende nicht willkommen und hinreichend integriert fühlen? „Alle Anstrengungen für eine attraktive Wissenschaftslandschaft stehen und fallen natürlich mit dem gesellschaftlichen Klima“, sagt der wissenschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, Kai Gehring, mit Verweis auf die Ausländerfeindlichkeit. Was fremdenfeindliche Demonstrationen für Universitäten be-

deuten, brachte der Präsident der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg, Jörg Steinbach, Anfang März 2018 in einer Diskussionsrunde des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) auf den Punkt: „Ich habe Sorge vor Kollateralschäden“, erklärte er mit Blick auf die fremdenfeindlichen Demonstrationen des Vereins „Zukunft Heimat“ in Cottbus. „Für uns stellt sich, wenn das so weitergeht, die Existenzfrage“. 2.000 ausländische Studierende lernen aktuell an der BTU. Ohne sie, so Steinbach, könnte sie nicht überleben.

Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Rechtspopulismus sind Gift für den Wissenschaftsstandort Deutschland. Es wirkt zuverlässig, und über Tausende von Kilometern hinweg. Der Geschäftsführer der Deutschen Fulbright Kommission, Oliver Schmidt, weiß von Stipendiaten in den USA zu berichten, die sich besorgt erkundigen, ob sie in Deutschland in bestimmte Orte gehen können. Das wären „absolute Einzelfälle“, betont Schmidt. Noch gäbe es „keine gravierenden Probleme“, sagt er und verweist auf steigende Bewerberzahlen. So hätten sich 2017 etwa 12 Prozent mehr US-Studierende und Journalist/-innen für Fulbright-Stipendien in Deutschland beworben also 2015 - und damit vor der sogenannten Flüchtlingskrise.

Übergriffe, Diskriminierung, Isolation

Dennoch ist Ausländerfeindlichkeit in Deutschland eben keine Randerscheinung mehr. In die jüngste Befragungsrunde der sogenannten „Mitte-



Prof. Dr. Horst Hippler,
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

»DIE HOCHSCHULEN SOLLTEN DIE TALENTE GEWINNEN, DIE SIE SUCHEN. DAZU BENÖTIGEN WIR KLUGE AUSWAHLMECHANISMEN, STUDIENEINGANGSKONZEPTE UND BETREUUNGSPROGRAMME.«

Studie“ der Universität Leipzig wurden rund 2.400 Deutsche zwischen 14 und 93 Jahren eingebunden, etwa 1.900 aus den neuen und 500 aus den alten Bundesländern. Fast jeder dritte Deutsche glaubt, dass Ausländer „nur“ ins Land kämen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“. 33,8 Prozent der Befragten halten „die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“, und jeder Vierte Befragte stimmt dieser Aussage zu: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“.

Mit solchen Haltungen also sehen sich ausländische Studierende und ausländische Wissenschaftler/-innen heute in Deutschland konfrontiert. Was das konkret heißt, weiß Maimouna Ouattara. Als Vorsitzende des Bundesverbands Ausländischer Studierender hört sie Schilderungen von Übergriffen in Hochschulstädten wie in Dresden, Magdeburg oder jüngst in Cottbus genauso aus erster Hand wie Beschreibungen von Diskriminierungs- und Isolationserfahrungen im Wissenschaftsalltag. Ouattara weiß also sehr genau, was schief läuft in ihrer Wahlheimat. Und konzentriert sich aufs Positive. Auf das, was erreicht wurde - und was als nächstes geschafft werden könnte.

DAAD: „Wir brauchen eine Integrationsstrategie“

So wie Margret Wintermantel. „Die Internationalisierungsstrategie der Bundesrepublik ist sehr



Prof. Dr. Margret Wintermantel
Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

»WIR BRAUCHEN DRINGEND EINE DEUTSCHLANDWEITE STRATEGIE ZUR INTEGRATION, BETREUUNG UND AUSBILDUNG AUSLÄNDISCHER STUDIERENDER«



Prof. Dr. Jörg Steinbach (BTU),
Präsident der Brandenburgischen Technischen Universität
Cottbus-Senftenberg

»ICH HABE SORGE VOR KOLLATERALSCHÄDEN. FÜR UNS STELLT SICH, WENN DAS SO WEITERGEHT, DIE EXISTENZFRAGE«

hilfreich“, lobt die DAAD-Präsidentin also, um im nächsten Satz zu dem zu kommen, was Deutschland ihrer Ansicht nach braucht: „eine Integrationsstrategie“. Sie müsse „jetzt“ entwickelt werden, fordert Wintermantel und legt damit eine in der Wissenschaftsdiplomatie eher seltene Dringlichkeit an den Tag. Höchste Zeit zum Handeln sieht in dem Punkt auch Steffen Mau. „Wir brauchen dringend eine deutschlandweite Strategie zur Integration, Betreuung und Ausbildung ausländischer Studierender“, sagt das Mitglied des Wissenschaftsrats.

Bitter nötig ist das auch und gerade weil es bei der Gewinnung ausländischer Studierender weit weniger gezielt zugeht, wie das gern suggeriert wird. „Ein repräsentatives, nationales Monitoringsystem zur Internationalisierung fehlt“, heißt es in der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2016 schwarz auf weiß. Aus der verquasteten Berichtssprache ins Umgangssprachliche übersetzt bedeutet das: Nichts Genaues weiß man nicht.

Wir müssen endlich einmal die Prozesse verstehen“, bringt es Ulrich Heublein vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) auf den Punkt. Heublein ist Experte in der sogenannten Bildungsverlaufs-forschung. Weil sich mit dieser Forschung der Wert und die Qualität von Studienangeboten beurteilen lässt, kann sie schon auch mal unbequeme Wahrheiten zum Vorschein bringen. Was vielleicht auch eine Erklärung für Heubleins Fazit ist: „Wir wissen viel zu wenig und brauchen dringend Verlaufs- und Langzeitstudien zu ausländischen Studierenden.“

Ein Beispiel, herausgegriffen aus der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: Dem Sonderbericht zur Lage der ausländischen Studierenden zufolge kommen sie zum Studium nach Deutschland, weil sie dadurch ihre eigenen Berufschancen verbessern (81 Prozent), spezielle Fachkenntnisse (73



KOMMENTAR

»Internationalisierung gibt es nicht zum Nulltarif«

Gründe für eine stärkere Internationalisierung unseres Hochschulsystems gibt es viele. Einen finde ich besonders überzeugend: Ausländische Studierende bringen Deutschland einen volkswirtschaftlichen Nutzen. Laut einer DAAD-Studie amortisieren sich über Konsumausgaben, positive Beschäftigungseffekte und Steuereinnahmen die Kosten der öffentlichen Hand für ausländische Studierende bereits nach fünf Jahren, wenn 30 Prozent von ihnen hier im Land bleiben. Nur: Dazu muss man sie sozial-akademisch integrieren.

Internationalisierungsziele zu definieren, ist das eine. Sie müssen aber finanziell und strukturell unterfüttert werden, sonst bleibt es bei bloßen Absichtserklärungen. Schon als Bund und Länder über ihre Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) im Jahr 2013 ihre Internationalisierungsstrategie für das deutsche Hochschulsystem verabredeten, habe ich mich gewundert: Wo sollen sie bloß alle wohnen?

Die soziale Realität ausländischer Studierender wird nämlich gerne ausgeblendet. Ihr größtes Problem, neben der Studienfinanzierung, ist die Wohnungssuche – wen wundert's. Gerade Studierende aus Nicht-EU-Staaten, etwa aus Afrika, haben auf den Wohnungsmärkten deutscher Hochschulstädte noch weniger Chancen als deutsche Studierende. Sie machen Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen.

Rund ein Drittel ihrer 193.000 Wohnheimplätze vergeben die Studentenwerke an ausländische Studierende. Die Studentenwerke fahren interkulturelle Integrationsprogramme, vor allem über ihre studentischen Wohnheimtutor/-innen. Finanzielle Unterstützung der Länder? Fehlanzeige.

Ich kann der DAAD-Präsidentin, Prof. Dr. Margret Wintermantel, nur zustimmen: Wir brauchen neben einer Internationalisierungsstrategie dringend eine Integrationsstrategie für ausländische Studierende. Die Studentenwerke müssen zwingend daran beteiligt werden. Wenn vor Ort über Kooperationen mit ausländischen Hochschulen Studierende, und auch Forscher/-innen in größerer Zahl geholt werden sollten, müssen die Studentenwerke frühzeitig in die Planung eingebunden werden. Und für die Politik gilt: Es kann nicht um politische Zielvorgaben allein gehen, ohne dass dafür auch Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Internationalisierung gibt es nicht zum Nulltarif, Integration noch weniger. Im Ausland den Studienstandort Deutschland zu bewerben, ohne hier die soziale Infrastruktur auszubauen, das ist, als würde ein Urlaubsland Touristen anlocken wollen, ohne überhaupt genügend Hotelbetten zu bieten.

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

Prozent), einen international anerkannten Abschluss erwerben (71 Prozent) möchten oder – ganz allgemein – dem guten Ruf der deutschen Hochschulen (71 Prozent) gefolgt sind. Die deutsche Sprache lernen und vertiefen zu können, nannten 65 Prozent als Faktor. Und 61 Prozent führten als Grund für ihre Entscheidung an, dass Deutschland ein hochtechnisiertes Land sei.

Oder, ein anderes Beispiel, entnommen dem „International Student Barometer“ (ISB). An der jüngsten Ausgabe dieser weltweit bekannten Befragung nahmen rund 160.000 mobile Studierende und Promovierende aus der ganzen Welt teil. Aus den Antworten aus Deutschland erfährt man unter anderem, dass heute 42 Prozent ihre Hochschule aktiv weiterempfehlen würden. Im Jahr 2011 waren dazu nur 34 bereit.

Die Reihe an Beispielen ließe sich leicht fortsetzen. Hochschulen, Forschungsorganisationen, Wissenschaftsfördereinrichtungen und Stiftungen – Zahlen zur Internationalisierung kann jeder bieten, Befragungen, Berichte und Studien in aller Regel auch. Doch was genau sich daraus für die Internationalisierungs- und Integrationsbemühungen einer Hochschule oder auch einer Vermittlerorganisation wie den DAAD, die Fulbright Kommission oder auch die Alexander von Humboldt-Stiftung ableiten lässt, bleibt unklar – von handfesten sozialen Problemen ausländischer Studierender, wie ihrer schwierigen bis unmöglichen Wohnungssuche oder ihren Problemen bei der Studienfinanzierung, einmal ganz zu schweigen (siehe Kommentar).

Was wird aus ausländischen Studierenden?

Welche Motive und Faktoren führen bei Studierwilligen noch in ihren Heimatländern dazu, sich gegen Deutschland zu entscheiden? Warum genau brechen viele ihr Studium ab, wechseln an eine andere Hochschule, ins Ausland oder in ihre Heimatländer? Die Forschungslücken sind gewaltig und nicht zu übersehen. „Als wir für unsere Empfehlung vorhandene Studien auswerteten und Daten sammelten, haben wir schmerzlich Untersuchungen vermisst, die längerfristig angelegt sind, die den Bildungs- und Studienverlauf betrachten und den Verbleib der Absolventen oder auch der Studienabbrecher“, sagt Soziologe Steffen Mau. „Was aus den ausländischen Studierenden wird, wie erfolgreich sie sind, ihre Studien-, Berufs- und Wohnortwechsel – all das ist entscheidend, um den Wert und die Qualität eines bestimmten Fachstudiums in Deutschland beurteilen zu können. Diese Beurteilung ist nach jetziger Datenlage nicht seriös möglich.“

„Brain Circulation“

Klar ist allerdings: Die Abbrecherquote bei ausländischen Bachelor-Studierenden liegt bei rund 41 Prozent. Ein Wert, den nicht nur Bildungspolitiker kritisieren, sondern auch Arbeitgeberverbände. Bei ihnen geben die Hochschulen aber auch aus anderen Gründen kein gutes Bild ab: „Wenn von zehn internationalen Studierenden vier abbrechen, und von den erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen lediglich die Hälfte in Deutschland bleibt, geht uns wertvolles Potenzial verloren“, erklärt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) auf Anfrage.

So nachvollziehbar der unternehmerische Blick auf die Verbleibquoten ausländischer Absolventen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch ist, die Perspektive von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik ist eine andere. Hier ist längst nicht mehr vom „Brain Gain“, also dem Gewinnen und dauerhaften Halten von Talenten die Rede, sondern von „Brain Circulation“. Dahinter steckt die Philosophie, die der DAAD genauso zu leben versucht wie die Alexander von Humboldt-Stiftung. Ausländische Studierende und ausländische Wissenschaftler/-innen sollen sich in Deutschland willkommen fühlen und dort so lange bleiben, wie sie mögen. Wenn sie gehen, dann als Freunde.

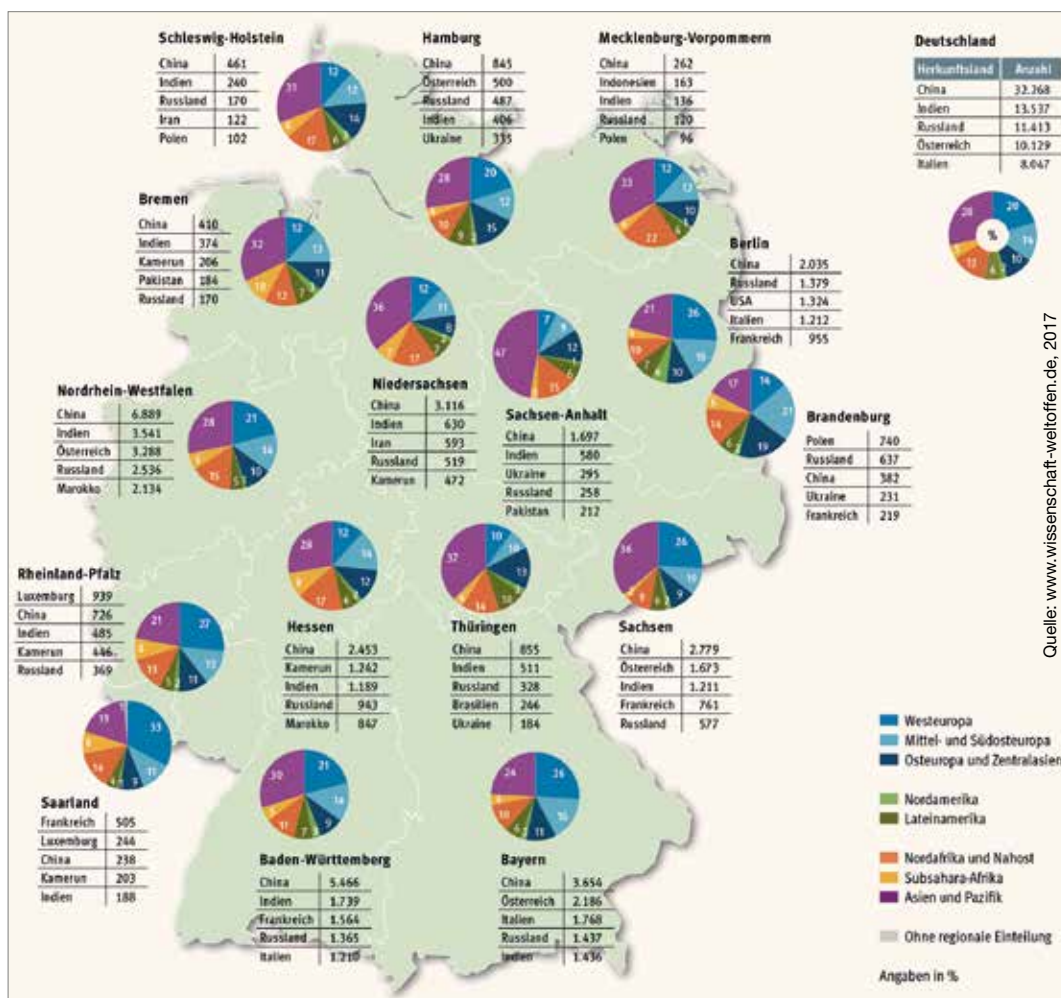
Im Fall von Maimouna Ouattara ist das Band geknüpft. Sie möchte bleiben - und das in Deutschland erworbene Wissen über Projekte in ihrem Geburtsland, der Elfenbeinküste, weitertragen. Auch das ist „Brain Circulation“.



DIE AUTORIN

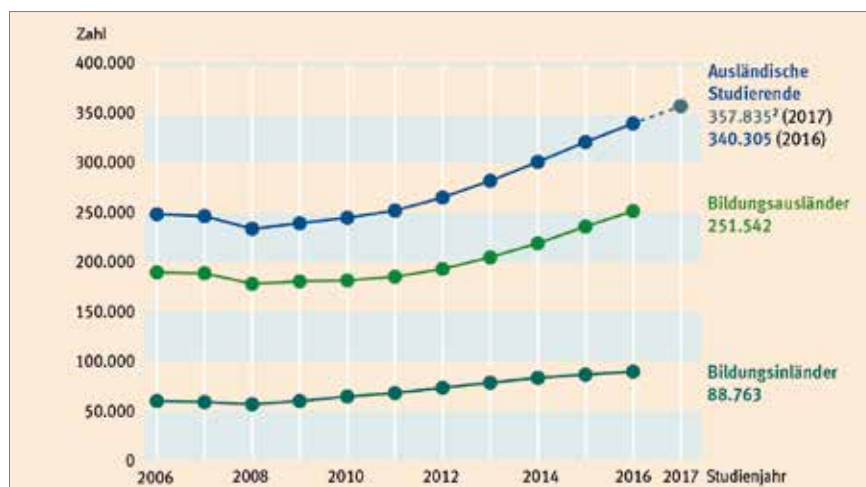
Christine Prück ist Journalistin, Dozentin und Mediatorin in Berlin. Bei den Recherchen für diese Titelgeschichte hat sie der Mut und die Entschlossenheit von Jens Strackeljan beeindruckt. Der Magdeburger Uni-Rektor tritt trotz Morddrohungen weiter für eine weltoffene Hochschule ein.

DIE MEISTEN KOMMEN AUS CHINA UND INDIEN



Quelle: www.wissenschaft-weltoffen.de, 2017

RUND 360.000 AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE



»Die KMK muss eine größere Rolle spielen«

HELMUT HOLTER Der Linken-Politiker ist dieses Jahr Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK).

Er plädiert für einen neuen Bildungsstaatsvertrag zwischen den Ländern, hält die KMK für besser als einen Nationalen Bildungsrat – und will mehr Demokratiebildung in Schulen und Hochschulen.

INTERVIEW: Jan-Martin Wiarda

FOTOS: Kay Herschelmann

Herr Holter, Hand aufs Herz: Hätten Sie selbst damit gerechnet, eines Tages Bildungsminister zu werden?

Na ja, immerhin war ich mal Arbeitsminister in Mecklenburg-Vorpommern, ich war Landesvorsitzender meiner Partei, stellvertretender Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzender. Woran man sieht, dass ich nie schmalspurig auf einen Bereich festgelegt war. Ich bin so ein Typ, der sich in Themen reinknet, der verstehen will, worüber er redet. Der Rest ist ‚learning by doing‘.

Eines der meist debattierten Bildungsthemen bundesweit ist im Moment der Lehrermangel.

Da bin ich Wirtschaftspolitiker. Wenn heute 18 oder 19 Jahre alte Jugendliche mit dem Studium anfangen, weiß ich: Es dauert sieben Jahre, bis sie als Lehrkraft vor der Klasse stehen. Und wenn ich das doch weiß, frage ich mich, wie es passieren konnte, dass die Vorausplanung so eklatant fehlschlagen konnte. Der Mangel war vor Jahren erkennbar. Man hätte viel früher Maßnahmen ergreifen müssen.

Sie sagen, Sie wollen als Bildungsminister, als KMK-Präsident verstehen, worüber Sie reden. Was verstehen Sie derzeit denn noch nicht, wenn Sie sich die Schulen und Hochschulen anschauen?

Ich fange mal in Thüringen an. Ich verstehe nicht, wieso so viele Koalitionen hier im Land sich über so viele Jahre nicht zu einer Entscheidung durchringen konnten, welche Mindestgröße eine Schule haben soll. Die kleinste Grundschule in Südthüringen besteht aus 29 Kindern, und wir haben Berufsschulen mit 1.500 Schülern. Das ist die Bandbreite. Wenn wir über Lehrermangel reden, ist klar, dass kleine Schulen logischerweise viele Lehrerinnen und Lehrer binden. Wie effizient ist das, frage ich mich? So, wie ich manches Mal über das Beamtenrecht rätsele.

Irgendwelche neuen Erkenntnisse an der Stelle?

Bisher eigentlich nicht. Beamtenrecht ist nicht logisch. Das ist etwas in Stein Gemeißeltes. Ich bin jetzt Dienstherr von 21.000 Menschen, man könnte sagen: Ich bin der größte Arbeitgeber in Thüringen. Warum, frage ich mich, werden Beamte nicht nach Leistung oder ausgeübter Tätigkeit, sondern nach ihrer Ausbildung besoldet? Wenn Ihnen ein Schulleiter sagt: „Ich bin schon sieben Jahre auf meiner Stelle, aber ich komme nicht in eine höhere Gehaltsstufe, weil ich dafür nicht das nötige Dienstalter habe“, dann ist das nicht richtig. Darum ändern wir jetzt das Lehrerbesoldungsrecht.

Mehr Geld für mehr Leistung: Wenn man das hört, könnte man denken, die Zeit ideologischer





Bildungsdebatten zwischen politischen Lagern sei vorüber.

Die Unterschiede sind nach wie vor groß. Die Bildungschancen junger Menschen hängen immer noch vom Geldbeutel ihrer Eltern ab. Deshalb bin ich so ein starker Anhänger von Gemeinschaftsschulen und längerem gemeinsamen Lernen, weil wir nur dadurch auch die Potenziale jener Schüler erkennen und fördern können, die sich erst später zeigen. Wo die Kinder schon nach vier Jahren Grundschule aufgeteilt werden, kommt es zu voreiligen und womöglich falschen Weichenstellungen.

Falsche Weichenstellungen inwiefern?

Den Kindern und ihren Eltern wurde, auch von der Politik, und zwar bundesweit, suggeriert: Wenn du etwas werden willst, musst du Abitur machen und studieren.

Und das ist nicht richtig?

Das ist falsch. Man kann in einem Lehrberuf genauso Karriere machen wie mit einem Bachelor oder einem Master. Ausbildung und Studium sind gleichwertig, als Gesellschaft brauchen wir beide Wege gleichermaßen. Darum sollten wir nicht das eine für wünschenswerter als das andere erklären.

Das Studium wurde zu hoch gehängt?

Bei aller Automatisierung und Digitalisierung: Wir brauchen auch Menschen, die schrauben, die klempnern, die mauern und tischlern. In diesen handwerklichen Tätigkeiten können sich viele junge Leute verwirklichen. Das ist ja das Verrückte: Die Überhöhung des Studiums hat dazu geführt, dass Kinder von ihren Eltern aufs Gymnasium geschickt werden, obwohl sie nicht die Voraussetzungen haben, erfolgreich zum Abitur zu gehen. Womit man diesen Kindern in ihrer Entwicklung nicht gerecht wird.

Die Große Koalition hat sich darauf geeinigt, das Grundgesetz zu ändern, damit sie den Schulen besser helfen kann. Bekommen Union und SPD dafür von Ihnen Applaus?

Die geplante Änderung besagt, dass der Bund künftig die Kommunen unabhängig von ihrer Finanzkraft bei Bildungsinvestitionen unterstützen kann. Aber eben nur bei Investitionen. Das sind Rechnungen zulasten Dritter. Die Große Koalition stellt scheinbar riesige Schecks aus und verschleiert die eigentlichen Kosten, die im zweiten Schritt entstehen. Das gilt für das im Koalitionsvertrag groß angekündigte Ganztagsprogramm genauso wie für das Versprechen der Bundesregierung, die Inklusion umzusetzen. Denn die Länder bleiben auf den Kosten für das zusätzliche Personal sitzen.



Sie können die geplante Grundgesetz-Änderung ja ablehnen. Die Große Koalition braucht im Bundestag die Zustimmung von Teilen der Opposition, im Bundesrat sowieso.

Die Änderung ist ja nicht falsch. Sie reicht nur nicht. Grundsätzlich zeigen solche Passagen im Koalitionsvertrag der Großen Koalition, wie uneinig sich die Partner sind. Ein anderes Beispiel: Eigentlich brauchen wir einen neuen Bildungsstaatsvertrag zwischen den Ländern, um die Kultusministerkonferenz schlagkräftiger zu machen, aber auf den können sich Union und SPD nicht einigen. Also kommen sie mit der Idee eines Nationalen Bildungsrats um die Ecke. Da frage ich: Was ist denn dann die KMK?

Ja, was ist denn die KMK?

Da stelle ich zunächst mal fest: Bei jedem Treffen der Kultusminister sitzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung beratend mit am Tisch. Was also unterscheidet die KMK von dem vorgeschlagenen Bildungsrat? Am Vorabend unserer nächsten Sitzung haben wir Stiftungsvertreter eingeladen und reden über die Digitalisierung. Wir befragen auch immer wieder Professoren und Sachverständige: Alles Dinge, die ein Nationaler Bildungsrat auch tun würde.

Für Sie ist die KMK der bessere Bildungsrat?

Ist sie nicht, aber sie könnte es sein. Machen wir uns nichts vor: Das Einstimmigkeitsprinzip, all die Langsamkeit, die der KMK vorgeworfen wird, wären doch im Bildungsrat nicht geringer. Das fängt schon an bei dem Staatsvertrag, den Bund und Länder auch dafür schließen müssten. Einstimmig. Das halte ich nicht für realistisch.

Ihre Vorgängerin als KMK-Präsidentin, Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann, hat Vorschläge gemacht, wie die KMK

»WIR BRAUCHEN EINE GENERELLE UMVERTEILUNG DES BUNDESHAUSHALTS IN RICHTUNG BILDUNG, DOCH DIESE FRAGE WIRD NICHT DISKUTIERT.«

ihre Krise überwinden kann.

Ich finde nicht, dass der Ausdruck Krise es trifft. Es geht vielmehr darum, dass die KMK das Selbstbewusstsein entwickeln muss, um im bildungspolitischen Diskurs eine größere Rolle zu spielen.

Aber wie denn?

Auch wenn ich neu bin in der KMK: Mit Ministerkonferenzen habe ich durchaus meine Erfahrungen. In der KMK ist mir von Anfang an aufgefallen, dass da fast nur Tagesordnungspunkte und Vorlagen aus verschiedenen Ausschüssen abgearbeitet wurden: vorbereitet, zur Kenntnis genommen, abgenickt und fertig. Das geht nicht. Wir haben uns jetzt in die Hand versprochen: Künftig nehmen wir uns Zeit, um aktuelle Fragen zu diskutieren.

Was ist eigentlich mit den Themen Hochschule und Wissenschaft? Es gibt Wissenschaftsminister, die sind so genervt von der KMK, dass sie das Gremium am liebsten den Schulministern überlassen wollen.

Da höre ich aus den Hochschulen anderes. Im Herbst hatten wir in der KMK Besuch von mehreren Rektoren und die betonten alle, wie wichtig die Kultusministerkonferenz für sie ist. Eine Aufspaltung ergäbe auch keinen Sinn, solange wir den Anspruch haben, die Bildungskette von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende zu betrachten, von der Kita bis zum Seniorenstudium.

Aber oft scheint es, als verblassten die Nöte der Hochschulen hinter den ewigen Schuldebatten. Der Sanierungstau an den Hochschulen beträgt laut einer von der KMK in Auftrag gegebenen Studie bis 2025 35 Milliarden Euro. Sind im Zweifel erstmal die Schulen dran?

Ich kann verstehen, dass das manchmal so aussehen mag, wenn Unterrichtsausfall und Lehrermangel so gravierende Dimensionen angenommen haben.

Aber natürlich wissen wir alle, dass die Herausforderungen im Hochschulbereich nicht geringer sind.

Jede weitergehende Grundgesetzänderung, die dem Bund mehr Mitwirkungsrechte in den Schulen bringt, birgt aber doch die sehr reale Gefahr für die Hochschulen, dass der Bund sein Engagement von ihnen wegverlagert.

Jetzt werde ich für einen Moment mal parteipolitisch. Dieses Land investiert unzählige Milliarden in Rüstungsprojekte: in Hubschrauber, die am Ende trotzdem nicht fliegen, in U-Boote, die nicht tauchen können. Es wäre aberwitzig, wenn wir angesichts einer solchen Schräglage einen Wettbewerbswettbewerb zwischen Schule und Hochschule aufmachen. Wir brauchen eine generelle Umverteilung des Bundeshaushalts in Richtung Bildung, doch diese Frage wird so gut wie gar nicht diskutiert.

Es gibt Politiker auch in ihrer Partei, die sagen: Solange wir uns gute Studienbedingungen nicht in der Breite leisten können, sollten wir auf die Exzellenzstrategie verzichten, die über eine halbe Milliarde jährlich kostet.

Das ist der falsche Ansatz. Wir brauchen Qualität, sprich: die Exzellenzstrategie, und wir brauchen bessere Studien- und Lebensbedingungen für die Studierenden. Das eine darf nicht zulasten des anderen gehen.

Schöne Sätze, schöne Forderung. Aber warum ziehen Bildung und Wissenschaft am Ende doch oft den Kürzeren - auch in den Ländern? Müssen sich die Kultusminister an die eigene Nase fassen und sagen: Wir versagen bei der Lobbyarbeit?

Deshalb müssen wir ja die KMK stärken und gegenüber dem Bund als auch den Ministerpräsidenten in eine bessere Verhandlungsposition bringen. Aber das ist nur der erste Teil meiner Antwort. Der zweite lautet: Es ist eben nicht egal, wer regiert.

Will sagen: Ist die Linke in Regierungsverantwortung, geht es Bildung und Forschung besser?

Wir setzen darauf ganz klar einen Schwerpunkt. Das kann ich empirisch nachweisen. In Thüringen hat Rot-Rot-Grün gegenüber der CDU-Vorgängerregierung schon jetzt über 300 Millionen Euro mehr in die Schulen und Hochschulen investiert.

Lehrermangel, Bildungsgerechtigkeit, Reform der Kultusministerkonferenz: Jede Menge gewichtige Themen für einen KMK-Präsidenten. Und Sie haben die Demokratieverziehung zum Schwerpunktthema Ihrer Präsidentschaft erklärt. Wieso eigentlich?

Weil das Thema in unsere Zeit passt. Die demokratiefeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft verstärken sich, populistische Parteien ziehen in die



»WIR BRAUCHEN AUCH MENSCHEN, DIE SCHRAUBEN, DIE KLEMPNERN, DIE MAUERN UND TISCHLERN«

ZUR PERSON

Helmut Holter, 64, ist für die Partei „die Linke“ seit August 2017 Minister für Bildung, Jugend und Sport im Freistaat Thüringen und seit Jahresbeginn Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK). Zuvor war er von 1998 bis 2006 Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie von 2009 bis 2016 Vorsitzender der Linken-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In den Jahren 2000 bis 2002 war er Mitglied im Parteivorstand der „Partei des demokratischen Sozialismus“, wie die Linke damals hieß. Holter, der 1973 in die SED eintrat, studierte an der Bauingenieurhochschule in Moskau, wo er 1976 als Diplomingenieur für Betontechnologie abschloss. Von 1985 bis 1987 absolvierte er ein postgraduales Studium an der Parteihochschule der KPdSU ebenfalls in Moskau. Holter ist in zweiter Ehe verheiratet und hat zwei Töchter.

www.thueringen.de/th2/tmb-js/aktuell/minister/index.aspx

Parlamente ein. Die Gewalthemmung nimmt ab, und ich spreche da nicht nur von politisch motivierten Straftaten. Gleichzeitig beobachten wir eine sprachliche Verrohung sogar bei internationalen Spitzenpolitikern, sei es der US-Präsident oder der türkische Präsident Erdogan mit seinen Drohungen gegenüber Deutschland.

Was folgt daraus für Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetriebe?

Schulen und Hochschulen sollten Demokratie noch stärker als bislang leben, bei der Wahl der Klassensprecher und Studierendenvertreter, aber auch beim Einfluss auf die Entwicklung ihrer Bildungseinrichtung. Inhaltlich sollten die Schulen stärker als bisher Wert legen auf soziale Kompetenzen. Womit ich im Grunde Anstand meine. Als roter Faden nicht nur in Sozialkunde oder Politik, sondern in allen Fächern, in Sport, Musik oder Mathematik. Und auch die Lerninhalte müssen sich verändern. Ich höre, dass besonders die jüngere deutsche Geschichte nach 1945 und 1949 im Unterricht zu kurz kommt, dabei lassen sich aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so viele Schlussfolgerungen für heute ziehen.

Letzte Frage, zum Thema soziale Infrastruktur für die Studierenden. Wir haben ja eine ganze Menge Geld im Forschungs- und Wissenschaftssystem, zum Beispiel für die Exzellenzstrategie. Würden Sie so weit gehen, zu sagen: Ihr müsst vielleicht überlegen, wenn Ihr eine Exzellenzstrategie macht, dass Ihr auch mehr Mittel für das studentische Wohnen bereitstellt?

Nein, das halte ich für den falschen Ansatz. Ich brauche sowohl Qualität, sprich, Exzellenzstrategie, als auch eine soziale Infrastruktur für die Studierenden. Beides gehört für mich zusammen. Das eine sollte nicht gegen das andere aufgewogen werden.



Mensaleiter und Hobbyimker: Hans Oberländer vom Studierendenwerk Berlin auf dem Dach der Mensa Nord

Bienen studieren

UMWELT-BILDUNG

Auf dem Dach der Mensa Nord in Berlin, im Imkerei-Kurs in München, im Projektgarten in Trier: Was die Studierendenwerke für Bienen tun – und was die Studierenden davon haben.

TEXT: Heike Hucht FOTOS: Charles Yunck

Es ist ein tolles Gefühl, die Früchte seiner Arbeit ernten und in Gläser füllen zu können“, sagt Hans Oberländer vom Studierendenwerk Berlin, während er eine Wabe zurück in den Bienenstand einfügt. Wir sind auf dem Dach der Mensa Nord, in Berlin-Mitte – nicht unbedingt der Ort, wo man Bienenstöcke erwarten würde. Aber Hans Oberländer ist Mensa-Chef und Hobbyimker zugleich. (Interview auf S. 29).

Szenenwechsel: Zwischen São Paulo und München liegen rund 10.000 Kilometer – aber Welten, wenn es um den Umweltschutz geht, erzählt Larissa Bianca Costa Silva. Die 25-jährige Brasilianerin kam vor fünf Jahren nach Deutschland, um in München Chemieingenieurwesen zu studieren. Heute sitzt sie zusammen mit vier anderen Studierenden im kühlen Arbeitszimmer von Demeter-Imker Andreas Pixis. Und der möchte vor dem vierstündigen Anschauungsunterricht im und hinterm Haus von allen wissen, warum sie sich für seinen Imker-Workshop angemeldet haben, den das Studentenwerk München für Studierende organisiert.

Die Motive der Studierenden sind vielfältig: ein Kurs in Permakultur, ein aufrüttelnder Dokumentarfilm; ein Vater, der selbst imkert, die Überlegung, im Garten eines Studentenwohnheims Bienenvölker zu kultivieren. Die Motive zeigen, dass nicht nur die angehende Ingenieurin, sondern auch die anderen Studierenden über mehrere Kanäle für das Thema sensibilisiert wurden.

München: Finde die Königin!

„In den 1980ern war Imkern noch etwas, das mit Großvätern, schrulligen Kleingärtnern oder Berufsim-

kern assoziiert wurde. Das Bild hat sich in den vergangenen Jahren komplett gewandelt“, sagt Andreas Pixis. Heute stehen die Biene und deren Lebensbedingungen im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. „Die Biene ist zum Sinnbild dafür geworden, wie der Mensch mit der Welt umgeht“, sagt Pixis. Der Begriff des Bienensterbens ist allgegenwärtig: Folge einer industrialisierten und globalisierten Landwirtschaft, von immer mehr Monokulturen, dem zunehmenden Einsatz von Pestiziden und dem Ausmerzen von Unkräutern. Darüber hinaus vernichtet die Varroamilbe jedes Jahr Tausende Bienenvölker.

Rund 120.000 Imker gibt es in Deutschland, schätzt der Deutsche Imkerbund. Rein rechnerisch hält jeder Imker durchschnittlich 7,3 Bienenvölker. Tatsächlich betreut weniger als ein Prozent mehr als 50 Völker und produziert erwerbsmäßig Honig. Seminarleiter Pixis ist Herr über 40 Völker, die er im Münchner Stadtgebiet verteilt hat. In seinem Garten im Stadtteil Laim können die Studierenden nicht nur unterschiedlich aktive Bienen beobachten. Der Imker in dritter Generation demonstriert dort auch verschiedene Betriebsweisen, von der klassischen Magazinbeute bis zum Naturwabenbau an Trägerleisten.

Seit 1920 ist der Pixis'sche Garten mitten in der Stadt ein Stück Land, auf dem Honig fließt. Die Großmutter des Münchener widmete damals das Gartenhäuschen zur Bienenunterkunft um, heute beherbergt das kaum gezähmte grüne Idyll im Münchener Westen acht Bienenstände. Darin und darum brummt und summt es, als wäre ein Hochleistungsstaubsauger im Dauereinsatz. Mit dem nach Kräutern duftenden Rauch des Smokers stimmt der Imker seine Honigproduzentinnen milde – Auftakt für die erste Lektion: die Königin finden und erläutern, wie



Im Arbeitszimmer von Workshop-Leiter Andreas Pixis



sie ihre Aufgabe erfüllt, ein Volk zu gründen und zu erhalten.

Mit der Demeter-Zertifizierung verpflichtet sich Andreas Pixis, seine Bienen wesensgemäß zu halten. Dazu gehört allen voran das Vermehren über den natürlichen Schwarmtrieb. Larissa will es ganz genau wissen: Wo legt die Königin die Eier ab? Wohin füllen die Arbeiterbienen den gesammelten Nektar? Und wie funktioniert das dann mit dem Honig? Als das Staatsoberhaupt mit dem rötlichen Hinterleib nach Sichten mehrerer Magazinrahmen identifiziert ist, rücken die Studierenden so nah an die geschäftigen Insekten heran, dass die Handycameras gestochen scharfe Erinnerungsfotos aufnehmen können.



Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht

»Unser Imker-Workshop zeigt auf, wie man auch im Kleinen einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Bienenpopulation leisten kann«

Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht, Geschäftsführerin des Studentenwerks München

Trier: Honig für die Mensa

Selbst mitanfassen und aktiv imkern: Das können Studierende bereits seit fünf Jahren am Forschungs- und Lehrbienenstand auf dem GeoCampus der Universität Trier. „Bee.Ed“ heißt das bundesweit einmalige Projekt, bei dem Honig- und Wildbienen generationsübergreifend als konkretes Lehrbeispiel aus der Natur für Bildungsziele zum Einsatz kommen. Das von der Biologiedidaktikerin Professor Dr. Andrea Möller entwickelte Modellprojekt vernetzt Schüler/-innen, Studierende, Lehrkräfte und Erzieher/-innen und sensibilisiert für die Themen Ökologie, Natur- und Artenschutz sowie Umweltbildung. „Bee.Ed weckt großes Interesse an Bienen und macht auf ihre Bedrohung sowie die Notwendigkeit nachhaltiger Umweltbildung aufmerksam“, erklärt Möller.

Das Studierendenwerk Trier unterstützt die Initiative unter anderem durch Manpower, in Person von Mensamitarbeiter Michael Winkel. Der gelernte Fleischer und Landwirt im Nebenberuf hat sich quasi vor der Tür seiner Arbeitsstätte zum Hobbyimker ausbilden lassen. Zu seinen Aufgaben gehört auch, die Bienenweide im



Magazinbeute, Natur-Wabenbau: Imkern ist vielseitig - und Naschen gehört dazu

Trachtgarten anzulegen und zu pflegen. Die blühende Vielfalt bietet Bienen und anderen Insekten mit mehr als 40 verschiedenen Pflanzenarten in der Zeit von März bis Oktober ein lückenloses Pollen- und Nektarangebot und fördert die biologische Vielfalt.

„Unsere ‚studierten Bienen‘ haben uns im vergangenen Jahr eine gute Ernte eingebracht“, lacht Michael Winkel. Bei der Honigprämierung des Deutschen Imkerbundes wurde der „Bee.Ed“-Honig 2017 bereits zum zweiten Mal mit der Goldmedaille ausgezeichnet. In den Verkauf geht der Honig mit eigenem Markenlabel exklusiv in den Cafeterien des Studierendenwerkes Trier und erfreut sich dort einer großen Nachfrage.

„Das Bienenprojekt als Kooperationspartner zu fördern, ist für uns ein weiterer Schritt auf dem Weg zu mehr umweltbewusstem Denken und Handeln“, sagt Andreas Wagner, Geschäftsführer des Studierendenwerkes Trier. Für sein vierteiliges Engagement - von Caffè Correct bis zum Vorzeigewohnprojekt enerbase - wurde das Studierendenwerk bereits 2012 mit dem Umweltpreis des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Und im Jahr 2016 erhielt dann auch das Bienenprojekt „Bee.Ed“ den Umweltpreis des Landes.

Auch der vom Studentenwerk München organisierte Imker-Workshop im Garten von Demeter-Mann Pixis ist aus einer ganzheitlichen Herangehensweise entstanden. So folgt das Veranstaltungsprogramm des Studentenwerkes München dem Motto „natürlich & gesund“. Eine der wichtigsten Lektionen, die die jungen Frauen und Männer lernen, umschwärmt von Abertausenden Bienen von Bienen: Geht es den Bienen nicht gut, bekommt das auch der Mensch zu spüren - im Kleinen wie im Großen. Vielleicht die überraschendste Erkenntnis des Nachmittags: Stadtbienen haben es inzwischen leichter als viele ihrer Artgenossen auf dem Land, wo das Nahrungsangebot von Jahr zu Jahr überschaubarer wird.

Aus der Sicht einer angehenden Ingenieurin hat Larissa vor allem erstaunt, mit wie wenig Technik man beim Imkern auskommt. Der Workshop habe ihr nicht nur Basiswissen vermittelt, sondern auch Denkanstöße und Bestätigung geliefert. Zum Beispiel bestärke er sie darin, bewusster einzukaufen, insbesondere Lebensmittel. Erst seit sie in Deutschland lebt, hat sie begonnen, sich damit auseinanderzusetzen. „Das Gefühl, mit meinem Konsumverhalten tatsächlich Einfluss nehmen zu können, macht mich zufriedener.“ Und: Hohe Ziele dürfen ruhig pathetisch klingen, findet die Brasilianerin. „Denn nachhaltiger zu leben, ist die größte Aufgabe unserer Zukunft.“ Ob nun in einem der reichsten oder in einem der größten Länder der Welt.

Diese Reportage entstand im Frühsommer 2017.



DIE AUTORIN

Heike Hucht ist freie Journalistin in Münster; sie mag Honig am liebsten auf Toastbrot. Auf dem Dach der Mensa Nord in Berlin hat sie zum ersten Mal erlebt, was es heißt, bienenfleißig zu sein



„Beim Imkern lernt man nie aus“

Interview mit **Hans Oberländer**, dem Leiter der Mensa Nord des Studierendenwerks Berlin. Er hält auf dem Dach der Mensa sechs Bienenvölker und produziert echten Berliner Stadthonig.

Wie kam es zu den Bienenvölkern auf dem Mensadach?

Hans Oberländer: „Vor acht Jahren habe ich die beiden Bienenstände aus meinem Garten am Stadtrand auf das Mensadach umgesiedelt. Initialzündung dafür war eine Anzeige in einer Fachzeitschrift für Imker, für die Initiative ‚Berlin summt!‘. Die Stadt bienenfreundlicher machen, die Wertschätzung von Bestäubungsinsekten fördern - das hat mich sofort angesprochen, und auch unsere Geschäftsführung hat Interesse signalisiert.“

War die Umsiedlung der Bienen so einfach, wie sie klingt?

„Die Begrünung des Mensadachs bildet eine gute Voraussetzung. Wer Bienen auf seinem Dach halten möchte, braucht dafür zwingend eine Bestätigung des Architekten oder eines Statikers, dass das Dach ausreichend tragfähig ist. Und auch das Veterinäramt hat ein Wörtchen mitzureden. Die Bienen müssen untersucht, Proben genommen und ein Gesundheitszeugnis ausgestellt werden.“

Schmeckt der Honig, den Sie jetzt ernten, anders als vorher?

„Wie Honig schmeckt, definiert das Nahrungsangebot der Bienen. Mittlerweile leben sechs Völker auf dem Dach. Im Laufe der Saison kann ich bis zu viermal Honig ernten, etwa 20 bis 50 Kilogramm pro Volk. der sattgelbe Frühjahrsblüten-Honig wird von Ahorn und Kastanie dominiert. Im Sommer prägen den Honig vor allem die in Berlin sehr präsenten Linden.“

Ihre wichtigste Erkenntnis?

„Beim Imkern lernt man nie aus. Jedes Jahr ist anders, bringt neue Erfahrungen und Herausforderungen mit sich - und damit auch reichlich Gesprächsstoff. Ich freue mich auch, von den Studierenden in der Mensa angesprochen zu werden.“



Larissa Bianca Costa Silva

„Nachhaltiger zu leben, ist die größte Aufgabe unserer Zukunft“

Larissa Bianca Costa Silva 26, aus Brasilien, studiert Chemieingenieurwissenschaften an der TU München



Prof. Dr. Andrea Möller

„Wir wecken das Interesse an Bienen und machen auf ihre Bedrohung aufmerksam“

Prof. Dr. Andrea Möller, Leiterin Biologie und ihre Didaktik, Universität Trier



Beate Schücking im Paulinum, das im Dezember 2017 eröffnet wurde und ein geistiges sowie geistliches Zentrum der Universität Leipzig werden soll

BEATE SCHÜCKING

Die Rektorin der Universität Leipzig trumpft nicht auf, große Gesten sind nicht ihr Ding. Dafür kann sie zuhören – und wenn nötig auch kämpfen. Porträt der ersten prominenten Frau in der Schücking-Ahnenreihe.

TEXT: Benjamin Haerdle FOTOS: Kay Herschelmann

Die Standfeste

Es gibt Büros, die wenig von den dort arbeitenden Menschen preisgeben – und es gibt Büros wie das der Leipziger Universitätsrektorin Beate Schücking, das viele Geschichten birgt. Gegenüber der Bürotür grüßt ein Bild von Levin Ludwig Schücking, zwischen 1925 und 1944 Professor für anglistische Literaturwissenschaft an der Universität Leipzig und Schückings Großonkel. In der einen Ecke hängt ein Porträt ihres Ur-Großonkels, des Schriftstellers und Journalisten Levin Schücking, in der anderen das Bild einer nordhessischen Burg, dem Forstamt, in dem die 1956 geborene Beate Schücking aufwuchs. Ihr Schreibtisch und der dahinterstehende Wandschrank, beides Jugendstil, gehörten der Großmutter. Beate Schücking hat es sich an ihrem Arbeitsplatz persönlich eingerichtet: „Die Universität Leipzig ist Familiengeschichte, da hat es mich schon hingezogen.“

Schücking startete als Rektorin im März 2011 in Leipzig mit großer medialer Untermauerung: Mit ihr rückte erstmals eine Frau an die Spitze der mehr als 600 Jahre alten Universität. Doch Schücking, promovierte Medizinerin, Studentin der Philosophie, ausgebildete Psychotherapeutin und zuvor Vize-Präsidentin an der Universität Osnabrück, irritierte das nicht groß. Sie machte sich ans Werk – ohne zu ahnen, dass große Stürme folgen sollten. Ihre erste Amtsperiode fiel zusammen mit den Sparzwängen der damaligen CDU/FDP-geführten Regierung Sachsens. 300 Stellen sollten an der Universität Leipzig wegfallen; die Theaterwissenschaften, die Archäologie und die Pharmazie sollten zusammengestrichen werden. Heftige Proteste waren die Folge, drei Wochen lang besetzten Studierende das Rektorat. Schücking sagt, dies sei eine harte Zeit und die Sparvorschläge nicht immer der Weisheit letzter Schluss gewesen. Doch tatsächlich blieb ihr Schlimmeres erspart. Die Universität musste „nur“ 101 Stellen streichen; es gelang, den Abbau weiterer Stellen zu verhindern – so blieben alle drei Bereiche erhalten.

Die Universität Leipzig durch diese schweren Zeiten gelotst zu haben, sieht Schücking heute als einer ihrer großen Erfolge an. Es sollten jedoch nicht die letzten Turbulenzen gewesen sein. Die Rektorin hielt den Diskussionen um den Neubau des Paulinums stand, Aula und Universitätskirche zugleich; und Schücking trotzte auch den Aufregungen zum generischen Femininum. Als dieses in die Grundordnung der Universität übernommen werden sollte und Medien fälschlicherweise „Guten Tag, Herr Professorin“ schlagzeilten, erhielt sie Hunderte von Zuschriften, zumeist negativer Art. „Das hat genervt, aber das gehört nun mal dazu“, sagt Schücking, die an der

Beate Schücking über ...

... Leipzig als Universitätsstandort: Leipzig ist eine Perle. Die Universität liegt zentral in der Stadt. Studierende haben kurze Wege; Kultur, Sport und Freizeit sind von hoher Qualität und auf einem günstigen Preisniveau. Ich kann mir kaum eine andere Stadt vorstellen, wo es sich in der Gesamtbilanz besser studieren lässt.

... das Studentenwerk Leipzig: Das Studentenwerk ist für uns ein wichtiger Partner. Ich sitze dort auch im Verwaltungsrat und kann mich mit Studierenden austauschen. Ich erfahre so, was sie bewegt und welche Probleme sie beispielsweise bei der Wohnungssuche haben.

... Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsfeindlichkeit: Wissenschaftsfreiheit ist die Grundidee einer Universität. Das kann manchmal unbequem sein, wenn die Fakultäten etwas anderes wollen als die Zentrale, aber daraus entstehen fruchtbare Dinge. Mit dem ‚March for Science‘ vergangenes Jahr haben unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler versucht, Wissenschaftsfeindlichkeit zu bekämpfen. Wir müssen der Öffentlichkeit weiterhin klarmachen, wie wichtig Wissenschaft ist.

... den Exzellenzwettbewerb: Wir sind mit zwei Anträgen in den Wettbewerb gegangen. Für ‚Adipositas verstehen‘ reichen wir nun einen Vollertrag ein. Die Chancen stehen statistisch gesehen bei 50 Prozent, und ich hoffe natürlich, dass wir es schaffen.

... die Studierendenzahl in Sachsen: Die vom Freistaat vorgesehene Beschränkung der Studierendenzahlen ist bei uns im Senat und im Hochschulrat auf einhelliges Unverständnis gestoßen, gerade vor dem Hintergrund, dass die Hochschulen zu einem positiven Wanderungssaldo Sachsens beitragen und darüber hinaus ein beträchtlicher Teil des Studienangebots der Universität Leipzig der staatlichen Daseinsvorsorge dient. Insbesondere bei der Lehrerbildung und den Juristen, aber auch in der Medizin, ist ein anhaltend hoher Bedarf absehbar.

Neuerung festhielt. Die Universität Leipzig war in aller Munde, national und international. Selbst Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) beglückwünschte sie dazu. „Letztlich war es die preiswerteste Imagekampagne, die wir je hatten“, meint die Rektorin heute.

Wenn man sie nun fragt, ob ihre zweite Amtszeit nicht ruhiger ausfallen möge, schaut sie einen leicht verständnislos an. „Auseinandersetzungen muss man nicht scheuen, schließlich entstehen so positive Effekte“, sagt sie und verweist darauf, dass in Wort Aggression das lateinische Wort *aggredi* stecke, also vorangehen. „Das passt, denn ich will, dass die Universität vorankommt.“

Und das tut sie. Unter Schückings Ägide kletterte die Uni Leipzig im DFG-Förderranking, sie warb zahlreiche Sonderforschungsbereiche ein, holte das Biodiversitätszentrum „Idiv“ nach Leipzig. Mehr als 30.000 Studierende hat die Uni, so viele wie noch nie in ihrer Geschichte. Mit Verve kämpft die passionierte Skifahrerin Schücking für die Universität, sich bisweilen zum Mittagessen nur einen Apfel gönnend. Selbst die Wahl ihrer



Beate Schücking unter den strengen Blicken ihres Großonkels Levin Ludwig Schücking, der zwischen 1925 und 1944 Professor an der Universität Leipzig war

Wohnung im Leipziger Zentrum sieht sie in dem Kontext als vorteilhaft an, könne sie so doch abends fußläufig Termine in der Innenstadt wahrnehmen, wie etwa an diesem Januartag 2018 im Mendelssohn-Haus zur Begrüßung der neu berufenen Professoren in Leipzig, und anschließend bei einem Neujahrsempfang in der Moritzbastei. „Als Universitätsrektorin sollte man unter die Leute gehen“, meint sie.

Doch *bella figura* machen in der Öffentlichkeit liegt ihr nicht so ganz. „Es mag nach außen hin glänzendere Universitätschefs geben, die sich mehr ins Rampenlicht drängen und präsentieren, was an der Universität Tolles geleistet wird“, sagt der Leipziger Physikprofessor Josef Käs. Der Rektorin Schücking gelänge es aber, den Forschern ihre wissenschaftlichen und kreativen Freiräume zu lassen und trotzdem die Zügel in der Hand zu halten.

Überzeugend wirkt Beate Schücking in persönlichen Gesprächen. Deutlich wird das bei einem Termin mit einem preisgekrönten Wissenschaftler, der ihr am Nachmittag im Büro gegenüber sitzt. Schücking, Kopf leicht geneigt, ihren Gegenüber abschätzend, hört sich geduldig dessen Anliegen an, lässt sich Mails zeigen. Ausschweifende Gesten, große Worte sind nicht ihr Ding, Zuhören dafür umso mehr. Fast 90 Minuten nimmt sie sich Zeit für das Gespräch, hört sich des Wissenschaftlers Klagen an: mangelhafte Kommunikation der Verwaltung, zu wenige Kita-Plätze für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Fehlen exzellenter internationaler Doktorandinnen und Doktoranden. „Wir wollen Sie ja behalten“, sagt Schücking bei der Verabschiedung und bittet, sich bei Problemen künftig direkt an sie zu wenden. Denn groß ist ihre Sorge, Top-Forscherinnen und -Forscher verlieren. Erst jüngst wechselte ein Che-



miker an die sächsische Dauerkonkurrenz, die TU Dresden. Das nagt an ihr.

Den Standort Leipzig weiter zu stärken, ist Schückings Ziel für ihre bis zum Jahr 2022 laufende Amtsperiode. Ein Leipziger Forschungsforum will sie aufbauen, das bildungswissenschaftliche Zentrum soll genauso wie das Forschungszentrum für frühkindliche Entwicklung dieses Jahr eröffnet und die Systemakkreditierung eingeführt werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Doch um ihr Amt ein erneutes Mal anzutreten, musste sie hart kämpfen. Der Hochschulrat hatte sie zuerst nicht auf die Kandidatenliste gesetzt und ihr vorgeworfen, kein Konzept zu haben. „Ich sehe, dass die Universität in den vergangenen drei Jahre keine gute Entwicklung genommen hat“, sagte die Hochschulratsvorsitzende Monica Harms damals. Die Auseinandersetzung galt Uni-intern bei vielen als Affront gegenüber Schücking. „Natürlich hat sie an der Universität nicht nur Freunde, aber man muss einer amtierenden Rektorin immer die Gelegenheit geben, wiedergewählt zu werden“, sagt einer



Leipzig ist eine Perle. Die Universität liegt zentral in der Stadt. Studierende haben kurze Wege

aus der Uni-Führungsriege. Ein juristisches Gutachten stützte Schücking damals, eine zweite Kandidatenliste wurde aufgesetzt - mit ihr. Schließlich wählte der erweiterte Senat sie im Januar 2017 ins Amt - für Schücking eine große Bestätigung. „Die Universität hat mich intensiv unterstützt, obwohl ich von außen kam. Das war schön zu sehen.“ Ihre Vorstellung von Führung will sie nun in ihrer zweiten Amtsperiode noch klarer formulieren: „Ich setze als Rektorin auf gute, ehrgeizige Teams, die in ihren Bereichen die Dinge vorwärts bringen“, erklärt sie. „Empowerment ist das Schlüsselwort.“ Dies sei sehr effektiv, auch wenn sie selbst als Führungspersönlichkeit nicht so sichtbar werde.

Wohin Beate Schücking die Universität Leipzig führen wird, wird sich zeigen. Sicher ist nur, dass es nach ihrer Amtszeit auch von ihr ein Porträt geben wird. Es wird dann aber wohl nicht im Büro ihres Nachfolgers oder ihrer Nachfolgerin hängen, sondern in der Ahnenreihe ihrer bislang ausschließlichen männlichen Vorgänger.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Beate Schücking, geboren 1956, steht seit 2011 der Universität Leipzig als Rektorin vor. Sie wurde an der Universität Ulm promoviert und 1989 als Professorin für Medizin an den Fachbereich Sozialwesen der FH München berufen. 1995 übernahm sie die Professur Gesundheits- und Krankheitslehre an der Universität Osnabrück, die sie bis 2011 innehatte. Erfahrungen im Hochschulmanagement sammelte sie dort auch als Vize-Präsidentin für Forschung und Nachwuchsförderung.



DER AUTOR

Benjamin Haerdle ist freier Journalist und schreibt regelmäßig von Leipzig aus für die Deutsche Universitätszeitung (duz)



Wider die digitale Desinformation

WISSENSCHAFTS-KOMMUNIKATION

Fake News, Wahrheits- und Wissenskrisen, gesellschaftliche Polarisierung: Die Wissenschaft muss umdenken. Aufklärung durch Belehrung funktioniert nicht. Eine Analyse von **Bernhard Pörksen**

In einer Zeit, in der ein amerikanischer Präsident als Dauer-Produzent von Fake-News auffällt und sich diffuse Gerüchte blitzschnell in gefühlte Gewissheiten verwandeln, wird deutlich, dass es irgendwo draußen ein ernstes Problem gibt, eine brisante Gefährdung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte. Man könnte diese Diskursbedrohung mit dem Schriftsteller Heinrich Mann das „Ententeich-Problem“ nennen. Denn es war Heinrich Mann, der 1938 einmal darüber nachdachte, ob er sich mit dem Kommunisten Walter Ulbricht gegen die gemeinsam verabscheuten Nazis verbünden wolle. Mann meinte, dies sei leider unmöglich. „Sehen Sie“, so lautete sein Bonmot, „ich kann mich nicht mit einem Mann an einen Tisch

setzen, der plötzlich behauptet, der Tisch, an dem wir sitzen, sei kein Tisch, sondern ein Ententeich, und der mich zwingen will, dem zuzustimmen.“

Heute, im Jahr 2018, ist das Ententeich-Problem für jeden, der auch nur eine halbe Stunde ziellos zwischen Donald Trumps Twitter-Account, den Seiten der sogenannten Klimaskeptiker und hysterischen oder frei erfundenen Facebook-Posts hin und her surft, zur Alltagserfahrung geworden. Aber was bedeutet es, wenn Konflikte in einer Gesellschaft nicht mehr aus schlichten Meinungsverschiedenheiten bestehen, sondern darauf basieren, dass man nicht einmal mehr die grundlegenden Standards der Wahrheitsfindung und Argumentation teilt? Heinrich Mann hat dieses Problem erkannt

und sich entschieden, nicht weiter mit Walter Ulbricht zu sprechen, diesem Prototyp eines Ideologen.

So verständlich es individuell und im Konkreten sein mag, das Gespräch abubrechen oder grundsätzlich zu verweigern, so muss man doch sagen: Gesellschaftlich und zumal für Bildungsverantwortliche und Wissenschaftler ist dies gewiss keine Lösung, die man empfehlen könnte. Aber was wäre eine? Worin könnte sie bestehen? Ich denke, dass am Beginn einer echten Lösungssuche zunächst ein Eingeständnis stehen müsste. Es bestünde darin, dass die momentan so drängend erscheinenden Wahrheits- und Wissenskrisen nicht mehr verschwinden werden. Sie sind, neben aktuellen Anlässen und dem sehr realen Empfinden von Ungerechtigkeit, Ausdruck und Folge einer neuartigen Infrastruktur von Information, ein Tiefeneffekt digitaler Vernetzung.

Die Grenzen des Sagbaren und Konsensfähigen sind dabei, sich rasant zu verschieben. Der Grund ist auch, dass sich die allgemein menschliche Isolationsfurcht bei der Äußerung extremer Ansichten im Schutz einer virtuellen Gruppe abstreifen und die Sehnsucht nach Bestätigung barrierefrei einlösen lässt. Heute spricht jeder, können sich alle öffentlich äußern und zu einer bloß gefühlten oder aber politisch wirkungsvollen Macht verbünden. Das ist prinzipiell eine gute Nachricht – und im Konkreten manchmal beunruhigend und schrecklich. Aber es bedeutet in jedem Fall, dass die ohnehin archaische Idee eines Wahrheitsmonopols im digitalen Zeitalter vor aller Augen pulverisiert.

Die alte, stärker hierarchisch strukturierte Medien- und Wissenswelt stellte, eben weil sie von vergleichsweise mächtigen Gatekeepern in den unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen geprägt wurde, eine implizite Stütze klassischer Autorität und traditioneller, wissenschaftlicher Wahrheitskonzepte dar, die heute sehr viel mehr auf Akzeptanz und Konsens angewiesen sind. Aber was heißt das für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler? Es bedeutet, dass sie heute allesamt eine Art Zweitberuf ausüben müssen, denn es reicht nicht mehr aufzuklären, indem man Wissen bereitstellt.

Notwendig geworden ist eine „Aufklärung zweiter Ordnung“, die neben der Vermittlung von Inhalten systematisch auch über die Prozesse ihres Zustandekommens informiert und offensiv für die eigenen Rationalitätskriterien wirbt. Es gilt stärker als zuvor, die eigenen Auswahlkriterien und Quellen offenzulegen und sich um die selbstreflexive, transparente, dialogisch orientierte Begründung von Relevanz, Stichhaltigkeit und Objektivitätsanspruch zu bemühen. Wissenschaftler und Wissensarbeiter müssen heute nicht mehr nur verkünden, was sie selbst für richtig halten, sondern selbst zu Dolmetschern ihrer Disziplin werden und sich als kraftvolle Vermittler ihrer Profession begreifen, die Meta-Rezepte der Wissensüberprüfung und etablierte



Wissenschaftler müssen erklären und wieder erklären, wie sie arbeiten und warum sie sagen, was sie sagen. Sie müssen Dolmetscher ihrer Disziplin werden, kraftvolle Vermittler ihrer Profession

Spielregeln der Faktenrecherche und Faktenprüfung mitliefern. Sie müssen erklären und wieder erklären, wie sie arbeiten und warum sie sagen, was sie sagen.

Außerdem brauchen wir auf dem Weg zu einer neuen Aufklärung nötiger denn je eine angstfreie, wissenschaftlich gestützte Machtanalyse und Ideologiekritik, die fassbar werden lässt, wer auf intransparente Weise Informationsströme algorithmisch lenkt, im Netz und anderswo Propaganda betreibt, von Stimmungsmanipulation, Fake News und Social Bots ökonomisch oder politisch profitiert, Pseudo-Experten oder scheinbar neutrale Graswurzelorganisationen (Astroturfing) aufbaut. Selbstverständlich lässt sich auf diese Weise nicht jeder erreichen. Aber was wäre die Alternative? Eine „Gnosikratie“, wie ein Wissenschaftler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor einiger Zeit schrieb? Gemeint war – dies nicht als Glosse, sondern als ein ernstgemeinter Vorschlag – die Kopplung des allgemeinen Wahlrechts an einen offiziellen Wissens- und Kompetenztest, durchgeführt von der Bundeszentrale für Politische Bildung. („Wer besteht, darf wählen.“)

Nein, man kann eine Demokratie nicht retten, indem man ihre Abschaffung empfiehlt, für den Aufbau von Wahrheitsministerien und die Inthronisierung von Philosophenkönigen plädiert. Das demokratische Prinzip und das Konzept von Bildung lebt elementar von der Idee des mündigen Bürgers – bis zum absolut endgültigen Beweis des Gegenteils. Und eine paternalistisch regierte Wahrheitswelt kann sich bei allem Erschrecken über das gegenwärtige Kommunikationsklima niemand wünschen. Was für liberal gesinnte Geister bleibt, ist die manchmal beglückende und manchmal schreckliche Sisyphusarbeit des Diskurses, die nun überall stattfinden muss. Selbst an den rutschigen Ufern eines Ententeichs, den ich selbst mit absoluter Sicherheit für einen Tisch halte.



DER AUTOR

Bernhard Pörksen, 49, ist Professor für Medienwissenschaft an der Universität Tübingen. Im März 2018 erscheint sein neues Buch „Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung“ im Hanser Verlag. Dieser Beitrag geht auf einen Essay für die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ zurück



”

**ICH BIN FÜR EINE
MODERNE
BÜRGERLICHKEIT**

13 Fragen an ...

DIANA KINNERT

CDU-Politikerin

1 *Wenn die CDU ihre Fortschrittlichkeit zeigen will, werden Sie vorgeschickt. Wie nervig ist die Rolle als Shootingstar?*

Es sind vor allem die Medien, die meinen Exotenstatus aufbauschen. Aber ich sehe das pragmatisch: Sobald das abklingt, werden auch meine Inhalte wahrgenommen.

2 *Warum erscheint es vielen so verwunderlich, dass eine junge lesbische Frau mit Migrationshintergrund bei der CDU ist?*

Mit den Attributen würden mich viele bei den Grünen verorten, aber deren Moralismus hat mich immer gestört. Ich bin für eine moderne Bürgerlichkeit, die die Verschiedenheit der Lebensentwürfe akzeptiert. Das finde ich am ehesten bei der CDU.

3 *Haben Sie Angst, als Feigenblatt für eine Partei herhalten zu müssen, die nicht so modern ist, wie sie tut?*

Mir fällt dazu eine Geschichte ein, die ich mit 16 erlebt habe. Wir haben uns mit der Jungen Union für einen neuen Spielplatz eingesetzt, zur Eröffnung kam der Bürgermeister und hat direkt mich mit aufs Foto für die Lokalzeitung gewinkt, nicht die Jungs. Er wollte suggerieren, dass wir bunter, weiblicher und migrantischer sind, als es der Fall ist. Seither ist mir sehr bewusst, dass man mich instrumentalisieren kann.

4 *Was ist das Konservativste an Ihnen?*

Meine Haltung, mich den Dingen mit gesunder Skepsis zu nähern - weder in Angst vor der Veränderung zu erstarren noch den Fortschritt zu bejubeln.

5 *Und wo sind Sie der Partei besonders fern?*

Transgender, LGBT, Homo-Politik. In der CDU werden viele ziemlich spießig bei diesen Themen.

6 *Studierende interessieren sich wieder mehr für Politik, hat kürzlich der 13. Studierenden survey ermittelt. Erleben*

Sie Ihre Generation auch so?

Auf jeden Fall. Meine Facebook-Timeline ist voll mit Statements meiner Freunde gegen Trump, Putin oder Erdogan. Das Große ist durch das Internet viel näher. Gleichzeitig werden immer mehr private Lebensbereiche politisiert. Wie man sich ernährt, ist für viele heute ein Statement. Ich weiß nicht, ob das immer gut ist.

7 *Warum nicht?*

Man kann in seiner Welt etwas bewegen und einen Beitrag leisten - den Gedanken finde ich an sich richtig. Ich fürchte nur, dass man dabei sehr viel eher dazu neigt, seine eigene Meinung absolut zu setzen.

8 *Als Studentin haben Sie bereits eine Odyssee hinter sich, angefangen in Göttingen.*

Ich wollte weit weg von zu Hause, am liebsten in eine romantische kleine Uni-Stadt. Damals war Niedersachsen eines der letzten Länder mit Studiengebühren, was schwierig für mich war.

9 *Weil sie jetzt unmittelbar von einem CDU-Projekt getroffen wurden?*

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, habe den BAföG-Höchstfördersatz bekommen und halte Chancengleichheit für wichtig. Gleichzeitig ist schwer verständlich, dass kleine Arbeitnehmer mit ihren Steuern die Ausbildung künftiger Ärzte und Juristen finanzieren. Warum nicht nachgelagerte, einkommensabhängige Beiträge, die niemanden vom Studium abhalten?

10 *Ihr Wechsel nach Amsterdam war keine Flucht vor dem Bezahl-Studium?*

Ich wollte ein Auslandssemester in Seoul machen, weil mich die Verbindung von Hightech und Tradition in Korea gereizt hat. Aber wenn man alle zwei Wochen zur Ortsverbandssitzung nach Wuppertal muss, ist das etwas schwierig.

11 *Sie haben einen Job als Leiterin des Bundestagsbüros von Peter Hintze bekommen und in Berlin weiterstudiert.*

Was keine gute Idee war: Ich habe kaum Scheine gemacht.

12 *Stimmt es, dass Sie den Master vor allem machen, um Ihren Vater zu beruhigen?*

Ja, er sieht das traditionell: Jeder Abschluss ist ein Aufstieg. Ich habe nicht den Eindruck, dass ein Master in Philosophie mich beruflich irgendwohin trägt.

13 *Aber Sie studieren noch?*

Naja, ich bin zumindest eingeschrieben.

Die 13 Fragen stellte der Journalist und Autor **Bernd Kramer**
<https://berndkramer.wordpress.com>

ZUR PERSON

Diana Kinnert, Jahrgang 1991, war Jugendbeirat der Konrad-Adenauer-Stiftung, ehe sie in die Kommission zur Parteireform der CDU berufen wurde. Ab 2015 leitete sie das Bundestagsbüro des inzwischen verstorbenen CDU-Abgeordneten Peter Hintze. Spätestens seitdem gilt sie als Gesicht der anderen CDU: modern, urban, migrantisch. 2017 erschien ihr Buch „Für die Zukunft seh' ich schwarz. Plädoyer für einen modernen Konservatismus“. Der Eintritt in die Partei war nicht einfach. Zweimal ging sie als Schülerin zu einem CDU-Stammtisch in Wuppertal, ohne beachtet zu werden. Erst beim dritten Mal hat der Vorsitzende sie angesprochen: Er hielt sie für die Kellnerin.

www.dianakinnert.de

DER NEUE DSW-PRÄSIDENT SAGT, WAS IHN BEWEGT

Hallo, ich bin der Neue!

Darf ich mich vorstellen?

Rolf-Dieter Postlep, 71 Jahre, Volkswirt mit akademischer

Grundausbildung an der Philipps-Universität Marburg, nach Leitungsfunktion im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und einer Professur für Allgemeine Wirtschaftspolitik, dann 15 Jahre lang, von 2000 bis 2015, Präsident der Universität Kassel, seit Herbst 2015 und noch dieses Jahr Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, einer Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover, und – das Wichtigste, natürlich! – seit dem 1. Januar 2018 Präsident des Deutschen Studentenwerks, des Verbands der 58 Studenten- und Studierendenwerke. Uff, ein langer Satz!

Für mich ist es das erste Verbandsengagement. Warum leiste ich es? Weil ich von der „Idee Studentenwerk“ absolut überzeugt bin.

Seit einiger Zeit befasse ich mich sehr intensiv mit den Studentenwerken. Ich habe einiges Neues kennengelernt, auch wenn ich in meiner Zeit als Präsident der Uni Kassel bereits eine Zeitlang Vorsitzender des Verwaltungsrats des Studentenwerks Kassel war und mir die Themen eines Studentenwerks in den Grundstrukturen durchaus bekannt sind. Heute kann ich sagen:



»Als altgedienter Uni-Präsident ist mir die strategische Partnerschaft Hochschule-Studentenwerk ein Herzensanliegen«

- Die Studentenwerke sind ein starker Teil der staatlichen Daseinsvorsorge und nehmen eine Schlüsselstellung ein für den Studienerfolg.
- Ihre Leistungen kann und wird „der Markt“ so nie leisten können – geschweige denn leisten wollen.
- Und: Die studentische Daseinsvorsorge bzw. die Gestaltung der Lebenswelt Hochschule, wie sie die Studentenwerke leisten, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als die Studierendenschaft immer diverser und unser Hochschulsystem immer internationaler wird.

Diese Botschaft werde ich bei jeder sich bietenden Gelegenheit artikulieren, anfangen mit dieser Kolumne, die ich in jedem DSW-Journal schreiben werde.

Ich will mich dafür einsetzen, dass in der Politik, auf allen Ebenen und in allen Ministerien, und in der Öffentlichkeit generell das Bewusstsein dafür geschärft wird, wie wichtig die Studenten- und Studierendenwerke für das deutsche Hochschulsystem sind – und letztlich auch für unsere Gesellschaft. Denn die braucht einerseits Hochqualifizierte, aber auch mehr Bildungsgerechtigkeit. Und dafür stehen die Studentenwerke.

Und ich werde mich als DSW-Präsident dafür einsetzen, das Zusammenwirken zwischen Hochschulen und Studentenwerken noch weiter zu vertiefen, die strategische Partnerschaft mit den Hochschulen noch weiter zu stärken. Das ist mir ein Herzensanliegen, gerade weil ich ein altgedienter Uni-Präsident bin.

Die strategische Partnerschaft Hochschule-Studentenwerk bildet für mich einen zentralen Hebel, damit ein Studium gelingt. Sie ist auch der Kern für die Profilbildung von Hochschulen und Hochschul-Städten.

Und wir stehen gemeinsam vor den gleichen Herausforderungen: Digitalisierung, Internationalisierung, Diversifizierung. Uns treibt die gleiche Frage um, die im Kern lautet: Wie sieht das Studium der Zukunft aus?

Ich freue mich auf das Amt des DSW-Präsidenten, und ich freue mich auf Ihre Gedanken zu meiner ersten „Post von Postlep“!

Ihr

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep
Präsident des Deutschen Studentenwerks
»rolf-dieter.postlep@studentenwerke.de

MEIN STUDIUM
MEINE FAMILIE
UND ICH

Mein Studium, meine Familie – und ich
32. Plakatwettbewerb
des Deutschen Studentenwerks

Herzliche Einladung zur Preisverleihung
am 25. Juni 2018
Einlass 18:30 Uhr, Beginn 19:00 Uhr

Museum für Kommunikation Berlin
Leipziger Straße 16
10117 Berlin



VIELSEITIGE ELEKTRONISCHE ZUTRITTSLÖSUNGEN

SYSTEMARCHITEKTUR je nach Anforderung online, offline, funkvernetzt, Cloud-basiert und mobil.

SYSTEMPLATTFORM mit Türbeschlägen und -zylindern, Wandlesern, Spindschlössern, Software, Apps u. v. m.

SYSTEMKOMPONENTEN für Innen- und Außentüren, automatische Türsysteme, Tore, Aufzüge, Spinde, Möbel, Zufahrten u. v. m.

WOHNHEIMTAGUNG
16./17.5.2018
HAMBURG